



---

## BEDINGUNGEN FÜR DAS SPERRKONTO DER AION BANK

---

### 1. Allgemeines; Geltungsbereich

Aion Bank SA/N German Branch, c/o Tribes Frankfurt, Baseler Str. 10, 60329 Frankfurt am Main, ist eine Zweigniederlassung der Aion Bank SA/NV, einem nach belgischem Recht gegründeten Kreditinstitut mit Sitz in der Manhattan Center, Avenue du Boulevard 21, 1210 Brüssel, eingetragen bei der Crossroads Bank of Enterprises unter der Nummer 403.199.30 ("**Aion Bank**" oder "**Aion**" oder "**Bank**"). Aion wird von der Belgischen Nationalbank und der Europäischen Zentralbank als Kreditinstitut beaufsichtigt. Aion bietet Kunden ("**Kunden**", "**Ihnen**", "**Sie**") bestimmte Bank- und Zahlungsverkehrsdienstleistungen an. Der Kunde akzeptiert die Allgemeinen Geschäftsbedingungen von Aion, bestehend aus

- ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN DER AION BANK
- EINLAGENSICHERUNGSBOGEN
- PREIS- UND LEISTUNGSVERZEICHNIS

(zusammen "**Allgemeine Geschäftsbedingungen**"). Diese Bedingungen werden in der deutschen Sprache zur Verfügung gestellt, welches die einzige verbindliche Version ist. Eine unverbindliche Übersetzung in die englische Sprache wird ebenfalls verfügbar sein.

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen werden dem Kunden auf der Webseite ("**Website**") und der App ("**App**") zur Verfügung gestellt. Mit der Annahme dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen gibt der Kunde ein Vertragsangebot ab, das Aion durch eine gesonderte Bestätigungsnachricht annehmen kann. Ihre Annahme als Kunde ist von einer abgeschlossenen und erfolgreichen geldwäscherechtlichen Prüfung abhängig.

### 2. Leistungsgegenstand

#### 2.1 Wesentliche Merkmale der angebotenen Dienstleistungen

Gegenstand der Dienstleistung ist die Führung eines Sperrkontos ("**Konto**" oder "**Sperrkonto**"). Der Kunde kann das Sperrkonto über den Zugang auf der Website oder durch Herunterladen der App beantragen. Das Sperrkonto ist kein Zahlungskonto im Sinne von §1 Abs. 17 Zahlungsdienststeuergesetz und §2 Abs. 8 Zahlungskontengesetz, da es nur eine eingeschränkte Funktionalität hat, nämlich dem Kunden keine anderen Zahlungen als eine monatliche Überweisung auf ein vom Kunden benanntes auf den Namen des Kunden lautendes Bankkonto innerhalb der Europäischen Union ("**Referenzkonto**") zu ermöglichen.

Ein Guthaben in der erforderlichen Höhe ("**Sperrguthaben**") wird zugunsten der Gemeinde oder anderen öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaft der zuständigen Ausländerbehörde des aktuellen Wohnsitzes des Kunden bzw. bei Wegzug aus dem Bundesgebiet für den letzten Wohnsitz des Kunden innerhalb Deutschlands ("**Begünstigter**") gesperrt.



Gegenüber dem Begünstigten wird die Sperrung erst wirksam, wenn das Sperrguthaben vollständig auf das Sperrkonto eingezahlt worden ist.

Sobald das Sperrguthaben vollständig eingezahlt ist, stellt die Bank dem Kontoinhaber die Bestätigung des gesperrten Kontos und der Einzahlung des Sperrguthabens ("**Sperrkontobestätigung**") in der App und auf der Website zur Verfügung. Danach kann der Kontoinhaber bei seiner Ankunft in Deutschland nach erfolgreicher Identifizierung ohne Zustimmung des Begünstigten über einen gesetzlich zulässigen monatlichen Höchstbetrag frei verfügen. Der Kunde weist die Bank an, einen solchen monatlichen Betrag auf das Referenzkonto zu überweisen. Hat der Kunde der Bank kein Referenzkonto benannt, verbleiben die frei verfügbaren Beträge auf dem Sperrkonto, bis der Kunde ein Referenzkonto benennt; in diesem Fall werden zum Zeitpunkt der Benennung alle aufgelaufenen frei verfügbaren Beträge für eine Periode von bis zu drei Monaten in der Vergangenheit übertragen; anschließend wird der gesetzlich zulässige monatliche Höchstbetrag auf Monatsbasis an das Referenzkonto übertragen.

Weitere Verfügungen über das Sperrguthaben sind nur mit Zustimmung des Begünstigten möglich. Dies gilt nicht für Guthaben, die das Sperrguthaben übersteigen.

Sobald das Sperrguthaben gemäß den vorstehenden Bestimmungen vollständig entnommen wurde, erlischt die Sperre. Im Übrigen erlischt die Sperre erst, wenn der Bank eine ausdrückliche schriftliche Freigabe des Begünstigten vorliegt.

Die folgenden Dokumente erfüllen die Voraussetzungen für eine ausdrückliche schriftliche Freigabe des Begünstigten, sofern die Dokumente vor nicht mehr als sechs Monaten ausgestellt wurden:

- (i) im Falle der Ablehnung des Visums - der Originalbescheid über die Ablehnung des Visums (*Ablehnungsbescheid*)
- (ii) im Falle der Rücknahme des Visumantrags - ein von der deutschen Botschaft oder anderen deutschen Behörde im Heimatland des Kunden ausgestellt Dokument, das besagt, dass sein Visumantrag zurückgezogen wurde,
- (iii) im Falle des Wegzugs aus Deutschland - ein Schreiben der zuständigen Ausländerbehörde des letzten Wohnsitzes des Kunden, aus dem hervorgeht, dass diese Behörde keine Einwände gegen die Schließung des Sperrkontos hat ("**Sperrfreigabe**")
- (iv) im Falle der fehlenden Visumsbeantragung durch den Kunden mit der Folge, dass die deutsche Behörde aus diesem Grund die Sperrfreigabe nicht ausstellen kann, kann der Kunde eine Bescheinigung in Standardform beantragen.

Nach Vorlage und Prüfung der ausdrücklichen Freigabe kann der Kunde über das verbleibende Guthaben per Zahlungsauftrag verfügen und ist verpflichtet, das Konto so bald wie möglich zu schließen. Hat der Kunde die zum Zwecke der Geldwäschebekämpfung erforderliche Identifizierung nicht vorgenommen, überweist die Bank das Guthaben auf das Konto zurück, von dem sie die Mittel erhalten hat. Ist die Identifizierung des Kontos, von dem die Gelder stammen, nicht möglich, ist der Kunde verpflichtet, ein anderes auf seinen Namen lautendes Konto anzugeben, auf das die Gelder zurücküberwiesen werden können. Für jede Änderung der erforderlichen Höhe des Sperrguthabens oder für Verlängerungen dieses Vertrages (z.B. aufgrund eines verlängerten Aufenthalts in Deutschland) können zusätzliche Gebühren gemäß dem Preis- und Leistungsverzeichnis anfallen.



Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen von Aion, soweit diese nicht im Widerspruch zu den vorstehenden Regelungen stehen.

## 2.2 Weitergabe von Informationen an Behörden

Der Kunde kann sich bei Beantragung des Sperrkontos damit einverstanden erklären, dass die Bank alle erforderlichen Informationen im Zusammenhang mit der Eröffnung und Führung des Sperrkontos an die zuständigen deutschen und ausländischen Behörden weitergibt. Zu den Informationen können insbesondere Geburtsdatum, Nachname, Passnummer sowie der Saldo des Sperrkontos gehören. Die Zustimmung des Kunden entbindet die Bank auch von der Verpflichtung zur Wahrung des Bankgeheimnisses. Der Kunde ist nicht verpflichtet, der Datenweitergabe zuzustimmen.

Darüber hinaus bleibt der Kunde verpflichtet, die zuständigen Behörden über die Eröffnung des Sperrkontos zu informieren. Die Bank wird zu diesem Zweck eine Sperrkontobestätigung über die Website oder die App zur Verfügung stellen.

## 2.3 Expatrio Dienstleistungen

Expatrio Global Services GmbH ("**Expatrio**"), mit Sitz an der Linienstraße 156-157, 10115 Berlin, Deutschland, registriert beim Amtsgericht Berlin unter HRB 189471, ermöglicht den Zugang zu den Dienstleistungen der Bank über die Website und die App.

Expatrio ermöglicht eine sichere Kommunikation über die App oder die Website, und den Kunden werden personalisierte Sicherheitsmerkmale zum Zweck der Authentifizierung zur Verfügung gestellt.

Kunden können den Saldo des gesperrten Kontos über die Website und die App überprüfen.

### Expatrio-Support-Center

Die gesamte Korrespondenz und Kommunikation mit den Kunden in Bezug auf die von der Bank angebotenen Dienstleistungen wird vom Expatrio Support Center abgewickelt. Informationen über die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit des Expatrio Support Centers finden Sie auf der Website und in der App.

## Widerrufsbelehrung

### Abschnitt 1

#### Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von **14 Tagen ohne Angabe von Gründen** mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie **alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen** auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) **erhalten haben. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs**, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

Aion Bank SA/N German Branch,

Baseler Str. 10, 60329 Frankfurt am Main

Email: [service@expatrio.com](mailto:service@expatrio.com)

## Abschnitt 2

### Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

#### Allgemeine Informationen

1. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts sowie die Bedingungen, Einzelheiten der Ausübung, insbesondere Name und Anschrift desjenigen, gegenüber dem der Widerruf zu erklären ist, und die Rechtsfolgen des Widerrufs einschließlich Informationen über den Betrag, den der Verbraucher im Fall des Widerrufs für die erbrachte Leistung zu zahlen hat, sofern er zur Zahlung von Wertersatz verpflichtet ist (zugrunde liegende Vorschrift: § 357a des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
2. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Recht der Zahlungsdienstleister der Aufnahme von Beziehungen zum Verbraucher vor Abschluss des Vertrags zugrunde legt;
3. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung;
4. alle spezifischen zusätzlichen Kosten, die der Verbraucher für die Benutzung des Fernkommunikationsmittels zu tragen hat, wenn solche zusätzlichen Kosten durch den Zahlungsdienstleister in Rechnung gestellt werden;
5. das Bestehen eines Garantiefonds oder anderer Entschädigungsregelungen, die weder unter die gemäß der Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 149; L 212 vom 18.7.2014, S. 47; L 309 vom 30.10.2014, S. 37) geschaffenen Einlagensicherungssysteme noch unter die gemäß der Richtlinie 97/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 1997 über Systeme für die Entschädigung der Anleger (ABl. L 84 vom 26.3.1997, S. 22) geschaffenen Anlegerentschädigungssysteme fallen;

#### Informationen zur Erbringung von Zahlungsdiensten:

6. zum Zahlungsdienstleister
  - a) den Namen und die ladungsfähige Anschrift seiner Hauptverwaltung sowie alle anderen Anschriften einschließlich E-Mail-Adresse, die für die Kommunikation mit dem Zahlungsdienstleister von Belang sind;
  - b) den Namen und die ladungsfähige Anschrift seines Agenten oder seiner Zweigniederlassung in dem Mitgliedstaat, in dem der Zahlungsdienst angeboten wird;
  - c) die für den Zahlungsdienstleister zuständigen Aufsichtsbehörden und das bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geführte Register oder jedes andere relevante öffentliche Register, in das der Zahlungsdienstleister als zugelassen eingetragen ist, sowie seine Registernummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung;
7. zur Nutzung des Zahlungsdienstes

- a) eine Beschreibung der wesentlichen Merkmale des zu erbringenden Zahlungsdienstes;
- b) Informationen oder Kundenkennungen, die für die ordnungsgemäße Auslösung oder Ausführung eines Zahlungsauftrags erforderlich sind;
- c) die Art und Weise der Zustimmung zur Auslösung eines Zahlungsauftrags oder zur Ausführung eines Zahlungsvorgangs und des Widerrufs eines Zahlungsauftrags (zugrunde liegende Vorschriften: §§ 675j und 675p des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
- d) den Zeitpunkt, ab dem ein Zahlungsauftrag als zugegangen gilt (zugrunde liegende Vorschrift: § 675n Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
- e) einen vom Zahlungsdienstleister festgelegten Zeitpunkt nahe am Ende eines Geschäftstags, bei dessen Ablauf ein nach diesem Zeitpunkt zugegangener Zahlungsauftrag des Verbrauchers als am darauf folgenden Geschäftstag zugegangen gilt (zugrunde liegende Vorschrift: § 675n Absatz 1 Satz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
- f) die maximale Ausführungsfrist für die zu erbringenden Zahlungsdienste;
- g) einen Hinweis auf die Möglichkeit, Betragsobergrenzen für die Nutzung eines Zahlungsinstruments (wie beispielsweise eine Zahlungskarte) zu vereinbaren (zugrunde liegende Vorschrift: § 675k Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
- h) einen Hinweis auf das Recht des Verbrauchers, zwei oder mehrere unterschiedliche Zahlungsmarken auf seinem kartengebundenen Zahlungsinstrument zu verlangen, sofern sein Zahlungsdienstleister diesen Dienst anbietet, sowie einen Hinweis auf das Recht des Verbrauchers, rechtzeitig vor der Unterzeichnung des Vertrags vom Zahlungsdienstleister in klarer und objektiver Weise über alle verfügbaren Zahlungsmarken und deren Eigenschaften, einschließlich ihrer Funktionsweise, Kosten und Sicherheit, informiert zu werden (zugrunde liegende Vorschrift: Artikel 8 der Verordnung (EU) 2015/751 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 1), die durch die Delegierte Verordnung (EU) 2018/72 (ABl. L 13 vom 18.1.2018, S. 1) geändert worden ist);

#### 8. zu Entgelten, Zinsen und Wechselkursen

- a) alle Entgelte, die der Verbraucher an den Zahlungsdienstleister zu entrichten hat, einschließlich derjenigen, die sich danach richten, wie und wie oft über die geforderten Informationen zu unterrichten ist;
- b) eine Aufschlüsselung dieser Entgelte;
- c) die zugrunde gelegten Zinssätze und Wechselkurse oder, bei Anwendung von Referenzzinssätzen und -wechselkursen, die Methode für die Berechnung der tatsächlichen Zinsen sowie den maßgeblichen Stichtag und den Index oder die Grundlage für die Bestimmung des Referenzzinssatzes oder -wechselkurses;
- d) das unmittelbare Wirksamwerden von Änderungen des Referenzzinssatzes oder -wechselkurses, die auf den vereinbarten Referenzzinssätzen oder -wechselkursen

beruhen, ohne vorherige Benachrichtigung des Verbrauchers (zugrunde liegende Vorschrift: § 675g Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);

9. zur Kommunikation

- a) die Kommunikationsmittel, deren Nutzung für die Informationsübermittlung und Anzeigepflichten vereinbart wird, einschließlich der technischen Anforderungen an die Ausstattung und die Software des Verbrauchers;
- b) Angaben dazu, wie und wie oft die vom Zahlungsdienstleister vor und während des Vertragsverhältnisses, vor der Ausführung von Zahlungsvorgängen sowie bei einzelnen Zahlungsvorgängen zu erteilenden Informationen mitzuteilen oder zugänglich zu machen sind;
- c) die Sprache oder die Sprachen, in der oder in denen der Vertrag zu schließen ist und in der oder in denen die Kommunikation für die Dauer des Vertragsverhältnisses erfolgen soll;
- d) einen Hinweis auf das Recht des Verbrauchers, während der Vertragslaufzeit jederzeit die Übermittlung der Vertragsbedingungen sowie der in dieser Widerrufsbelehrung genannten vorvertraglichen Informationen zur Erbringung von Zahlungsdiensten in Papierform oder auf einem anderen dauerhaften Datenträger zu verlangen;

10. zu den Schutz- und Abhilfemaßnahmen

- a) eine Beschreibung, wie der Verbraucher ein Zahlungsinstrument sicher aufbewahrt und wie er seine Pflicht gegenüber dem Zahlungsdienstleister oder einer von diesem benannten Stelle erfüllt, den Verlust, den Diebstahl, die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht autorisierte Nutzung eines Zahlungsinstruments unverzüglich anzuzeigen, nachdem er hiervon Kenntnis erlangt hat (zugrunde liegende Vorschrift: § 675l Absatz 1 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
- b) eine Beschreibung des sicheren Verfahrens zur Unterrichtung des Verbrauchers durch den Zahlungsdienstleister im Fall vermuteten oder tatsächlichen Betrugs oder bei Sicherheitsrisiken;
- c) die Bedingungen, unter denen sich der Zahlungsdienstleister das Recht vorbehält, ein Zahlungsinstrument des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu sperren (zugrunde liegende Vorschrift: § 675k Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
- d) Informationen zur Haftung des Verbrauchers bei Verlust, Diebstahl, Abhandenkommen oder sonstiger missbräuchlicher Verwendung des Zahlungsinstruments einschließlich Angaben zum Höchstbetrag (zugrunde liegende Vorschrift: § 675v des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
- e) Informationen über die Haftung des Zahlungsdienstleisters bei nicht autorisierten Zahlungsvorgängen (zugrunde liegende Vorschrift: § 675u des Bürgerlichen Gesetzbuchs);

- f) Angaben dazu, wie und innerhalb welcher Frist der Verbraucher dem Zahlungsdienstleister nicht autorisierte oder fehlerhaft ausgelöste oder ausgeführte Zahlungsvorgänge anzeigen muss (zugrunde liegende Vorschrift: § 676b des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
  - g) Informationen über die Haftung des Zahlungsdienstleisters bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Auslösung oder Ausführung von Zahlungsvorgängen sowie Informationen über dessen Verpflichtung, auf Verlangen Nachforschungen über den nicht oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgang anzustellen (zugrunde liegende Vorschrift: § 675y des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
  - h) die Bedingungen für den Erstattungsanspruch des Verbrauchers bei einem vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelösten autorisierten Zahlungsvorgang (beispielsweise bei SEPA-Lastschriften) (zugrunde liegende Vorschrift: § 675x des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
11. zu Änderungen der Bedingungen und Kündigung des Zahlungsdiensterahmenvertrags
- a) die Vereinbarung, dass die Zustimmung des Verbrauchers zu einer Änderung der Vertragsbedingungen als erteilt gilt, wenn der Verbraucher dem Zahlungsdienstleister seine Ablehnung nicht vor dem Zeitpunkt angezeigt hat, zu dem die geänderten Vertragsbedingungen in Kraft treten sollen (zugrunde liegende Vorschrift: § 675g des Bürgerlichen Gesetzbuchs); diese Klausel gilt nicht für Änderungen oder Ergänzungen, die eine wesentliche Verpflichtung entweder der Bank oder des Kunden in ihrem Verhältnis betreffen;
  - b) die Laufzeit des Zahlungsdiensterahmenvertrags;
  - c) einen Hinweis auf das Recht des Verbrauchers, den Vertrag zu kündigen;
  - d) gegebenenfalls einen Hinweis auf folgende kündigungsrelevante Vereinbarungen:
    - aa) die Vereinbarung einer Kündigungsfrist für das Recht des Verbrauchers, den Vertrag zu kündigen, die einen Monat nicht überschreiten darf (zugrunde liegende Vorschrift: § 675h Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs),
    - bb) die Vereinbarung eines Kündigungsrechts des Zahlungsdienstleisters unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Monaten, die voraussetzt, dass der Vertrag auf unbestimmte Zeit geschlossen ist (zugrunde liegende Vorschrift: § 675h Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs),
    - cc) das Recht zur fristlosen Kündigung des Verbrauchers vor dem Wirksamwerden einer vom Zahlungsdienstleister vorgeschlagenen Änderung des Vertrags, wenn die Zustimmung des Verbrauchers zur Änderung nach einer Vereinbarung im Vertrag ohne ausdrückliche Ablehnung als erteilt gälte, sofern der Zahlungsdienstleister den Verbraucher auf die Folgen seines Schweigens sowie auf das Kündigungsrecht hingewiesen hat (zugrunde liegende Vorschrift: § 675g Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
12. die Vertragsklauseln über das auf den Zahlungsdiensterahmenvertrag anwendbare Recht oder über das zuständige Gericht;



13. einen Hinweis auf die dem Verbraucher offenstehenden Beschwerdeverfahren wegen mutmaßlicher Verstöße des Zahlungsdienstleisters gegen dessen Verpflichtungen (zugrunde liegende Vorschriften: §§ 60 bis 62 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes) sowie auf Verbrauchern offenstehende außergerichtliche Rechtsbehelfsverfahren (zugrunde liegende Vorschrift: § 14 des Unterlassungsklagengesetzes).

### Abschnitt 3

#### Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs **sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren**. Überziehen Sie Ihr Konto ohne eingeräumte Überziehungsmöglichkeit oder überschreiten Sie die Ihnen eingeräumte Überziehungsmöglichkeit, können wir von Ihnen über die Rückzahlung des Betrags der Überziehung oder Überschreitung hinaus weder Kosten noch Zinsen verlangen, wenn wir Sie nicht ordnungsgemäß über die Bedingungen und Folgen der Überziehung oder Überschreitung (z. B. anwendbarer Sollzinssatz, Kosten) informiert haben. Sie sind zur **Zahlung von Wertersatz** für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung begonnen werden kann. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. **Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist**, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. **Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden**. Diese Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

#### Ende der Widerrufsbelehrung

#### Besonderer Hinweis zur sofortigen Ausführung des Vertrages

Unmittelbar nach Annahme des Vertrags und vor Ablauf der Widerrufsfrist wird die Bank mit der Ausführung dieses Vertrags und der auf seiner Grundlage geschlossenen weiteren Verträge beginnen, wenn der Kunde hierzu seine ausdrückliche Zustimmung erteilt. Die Bank wird die ausdrückliche Zustimmung bei Vertragsabschluss einholen.

### 3. Vertragssprache und Kommunikation

#### 3.1

Vertrags- und Kommunikationssprache ist Deutsch.

#### 3.2

Mitteilungen und Erklärungen, die Ihre vertragliche Beziehung mit uns auf der Grundlage dieser AGB betreffen oder mit dieser in Zusammenhang stehen, richten Sie bitte an diese Adresse, soweit in diesen AGB nicht anders bestimmt,

an:

E-Mail: [service@expatrio.com](mailto:service@expatrio.com)

Telefon: +49 30 2555 74 15





Postanschrift: Expatrio Global Services GmbH, Linienstraße 156-157, 10115 Berlin, Germany

### 3.3

Für rechtswirksame Erklärungen gegenüber Aion bitten wir Sie, die E-Mail-Adresse zu verwenden, welche Sie für die Registrierung Ihres Kontos verwendet haben. Nur so können wir sicherstellen, dass die Erklärung auch von Ihnen abgegeben worden ist.

## 4. Nutzung des Kontos

Der Kunde weist sich gegenüber der Bank als der Kontoinhaber aus, der berechtigt ist, Zahlungsvorgänge durchzuführen.

### 4.1.

Bei den personalisierten Sicherheitsmerkmalen handelt es sich um eine eindeutige Kombination aus E-Mail-Adresse und einem vom Kunden selbst bei der Sperrkontoeröffnung festgelegten Passwort, mit dem sich der Kunde in die Endnutzeroberflächen einloggen kann, sowie um die PIN, mit der der Kunde sich auf Wunsch in der App anmelden kann ("**personalisierte Sicherheitsmerkmale**"). Diese PIN kann sich der Kunde in der App selbst zuweisen. (Weitere Informationen hierzu finden Sie im Expatrio Support Center).

## 5. Geheimhaltung der personalisierten Sicherheitsmerkmale; sichere Aufbewahrung des Authentifizierungsinstruments

Der Kunde muss seine personalisierten Sicherheitsmerkmale geheim halten und sein Authentifizierungsinstrument sicher aufbewahren. Personalisierte Sicherheitsmerkmale und Authentifizierungsinstrumente sind insbesondere vor dem Zugriff Dritter zu schützen.

## 6. Kosten und Zahlung

Entgelte für unsere Leistungen und vom Kunden gegebenenfalls zu erstattende Auslagen ergeben sich aus dem Preis- und Leistungsverzeichnis der Bank, das der Kunde über die Aion Webseite abrufen kann.

Wenn Gebühren fällig werden, berechnet die Bank diese einmalig (die Einrichtungsgebühr und die anschließenden Kontoverlängerungsgebühren) und monatlich (wiederkehrende Gebühren) und zieht sie am Ende eines jeden Monats vom Sperrkonto des Kunden ein, soweit dem Kunden nicht ausdrücklich etwas Abweichendes mitgeteilt wurde oder in der Preisliste geregelt ist.

## 7. Kosten für Mobilfunk und Datentransfer

Abhängig von dem mit Ihrem Telekommunikationsprovider abgeschlossenen Tarif können Ihnen zusätzliche Kosten für den Datentransfer entstehen. Diese sind von Ihnen zu tragen und werden Ihnen von Ihrem Telekommunikationsprovider in Rechnung gestellt.

## 8. Anzeige- und Unterrichtungspflichten

### 8.1



Der Kunde ist verpflichtet, der Bank seine persönlichen Daten, insbesondere seinen Namen, seine Anschrift, sein Geburtsdatum, seine Telefonnummer und seine E-Mail-Adresse korrekt mitzuteilen und die Bank über Änderungen unverzüglich zu unterrichten.

## 8.2

Stellt der Kunde den Verlust oder Diebstahl seines Authentifizierungsinstruments, seiner personalisierten Sicherheitsmerkmale oder eine missbräuchliche oder sonst nicht autorisierte Verwendung dieser fest, wird der Kunde uns hierüber unverzüglich unterrichten. Die Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme kann der Kunde aus dem Aion Support Center entnehmen.

## 9. Einschränkung des gesperrten Kontos

Hat Aion den begründeten Verdacht, dass eine unrechtmäßige Nutzung Ihres Sperrkontos stattfindet, kann Aion den Zugang zu diesem sperren oder einschränken sowie jegliche Zahlungen zurückhalten. Hierüber informiert Aion Sie unverzüglich per E-Mail, SMS oder Benachrichtigung in der App. Ebenso schränkt Aion den Zugang zu Ihrem Konto ein, wenn Sie uns über derartige Aktivitäten unterrichten. Die Sperre oder Einschränkung hebt Aion auf, wenn die Gründe für die Einschränkung nicht mehr gegeben sind.

## 10. Datenschutz und Bankgeheimnis

Eine Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt unter strikter Einhaltung der geltenden datenschutzrechtlichen Vorschriften unter gleichzeitiger Wahrung des Bankgeheimnisses. Einzelheiten hierzu finden Sie in der Aion Datenschutzerklärung.

## 11. Anwendbares Recht

Für die Geschäftsbeziehung zwischen Ihnen und Aion gilt deutsches Recht.



## ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN DER AION BANK

### A Grundregeln für die Beziehung zwischen Kunde und Bank

#### 1. Geltungsbereich und Änderungen dieser Geschäftsbedingungen und der Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen

##### (1) Geltungsbereich

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden („**Kunden**“) und den inländischen Geschäftsstellen der AION Bank SA/NV („**Bank**“). Daneben gelten für einzelne Geschäftsbeziehungen (zum Beispiel Zahlungsverkehr und für Debitkarten) Sonderbedingungen, die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten; sie werden bei der Kontoeröffnung oder bei Erteilung eines Auftrages mit dem Kunden vereinbart. Unterhält der Kunde auch Geschäftsverbindungen zu ausländischen Geschäftsstellen, sichert das Pfandrecht der Bank (Nummer 14 dieser Geschäftsbedingungen) auch die Ansprüche dieser ausländischen Geschäftsstellen.

##### (2) Änderungen a) Änderungsangebot

Änderungen dieser Geschäftsbedingungen und der Sonderbedingungen werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (z.B. App), können die Änderungen auch auf diesem Weg angeboten werden.

##### b) Annahme durch den Kunden

Die von der Bank angenommenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt, gegebenenfalls im Wege der nachfolgend geregelten Zustimmungsfiktion.

##### c) Annahme durch den Kunden im Wege der Zustimmungsfiktion

Das Schweigen des Kunden gilt nur dann als Annahme des Änderungsangebots (Zustimmungsfiktion), wenn

aa) das Änderungsangebot der Bank erfolgt, um die Übereinstimmung der vertraglichen Bestimmungen mit einer veränderten Rechtslage wiederherzustellen, weil die Bestimmung dieser Geschäftsbedingungen oder der Sonderbedingungen

- aufgrund einer Änderung von Gesetzen, einschließlich unmittelbar geltender Rechtsvorschriften der Europäischen Union, nicht mehr der Rechtslage entspricht oder
- durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung, auch durch ein Gericht erster Instanz, unwirksam oder nicht mehr verwendet werden darf oder



- aufgrund einer verbindlichen Verfügung einer für die Bank zuständigen nationalen oder internationalen Behörde (z. B. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht oder der Europäischen Zentralbank) nicht mehr mit den aufsichtsrechtlichen Verpflichtungen der Bank in Einklang zu bringen ist und

bb) der Kunde das Änderungsangebot der Bank nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen abgelehnt hat.

Die Bank wird den Kunden in ihrem Änderungsangebot auf die Folgen seines Schweigens hinweisen.

#### d) Ausschluss der Zustimmungsfiktion

Die Zustimmungsfiktion findet keine Anwendung

- bei Änderungen der Nummern 1 Absatz 2 und 12 Absatz 5 der Geschäftsbedingungen und der entsprechenden Regelungen in den Sonderbedingungen oder
- bei Änderungen, die die Hauptleistungspflichten des Vertrags und die Entgelte für Hauptleistungen betreffen, oder
- bei Änderungen von Entgelten, die auf eine über das vereinbarte Entgelt für die Hauptleistung hinausgehende Zahlung des Verbrauchers gerichtet sind, oder
- bei Änderungen, die dem Abschluss eines neuen Vertrags gleichkommen, oder
- bei Änderungen, die das bisher vereinbarte Verhältnis von Leistung und Gegenleistung erheblich zugunsten der Bank verschieben würden.

In diesen Fällen wird die Bank die Zustimmung des Kunden zu den Änderungen auf andere Weise einholen.

#### e) Kündigungsrecht des Kunden bei der Zustimmungsfiktion

Macht die Bank von der Zustimmungsfiktion Gebrauch, kann der Kunde den von der Änderung betroffenen Vertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird die Bank den Kunden in ihrem Änderungsangebot hinweisen.

## 2. Bankgeheimnis und Bankauskunft

### (1) Bankgeheimnis

Die Bank ist zur Verschwiegenheit über alle kundenbezogenen Tatsachen und Wertungen verpflichtet, von denen sie Kenntnis erlangt (Bankgeheimnis). Informationen über den Kunden darf die Bank nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten oder der Kunde eingewilligt hat oder die Bank zur Erteilung einer Bankauskunft befugt ist.

### (2) Bankauskunft

Eine Bankauskunft enthält allgemein gehaltene Feststellungen und Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, seine Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit; betragsmäßige Angaben über Kontostände, Sparguthaben, Depot- oder sonstige der Bank anvertraute Vermögenswerte sowie Angaben über die Höhe von Kreditinanspruchnahmen werden nicht gemacht.



### **(3) Voraussetzungen für die Erteilung einer Bankauskunft**

Die Bank ist befugt, über juristische Personen und im Handelsregister eingetragene Kaufleute Bankauskünfte zu erteilen, sofern sich die Anfrage auf ihre geschäftliche Tätigkeit bezieht. Die Bank erteilt jedoch keine Auskünfte, wenn ihr eine anders lautende Weisung des Kunden vorliegt. Bankauskünfte über andere Personen, insbesondere über Privatkunden und Vereinigungen, erteilt die Bank nur dann, wenn diese generell oder im Einzelfall ausdrücklich zugestimmt haben. Eine Bankauskunft wird nur erteilt, wenn der Anfragende ein berechtigtes Interesse an der gewünschten Auskunft glaubhaft dargelegt hat und kein Grund zu der Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange des Kunden der Auskunftserteilung entgegenstehen.

### **(4) Empfänger von Bankauskünften**

Bankauskünfte erteilt die Bank nur eigenen Kunden sowie anderen Kreditinstituten für deren Zwecke oder die ihrer Kunden.

## **3. Haftung der Bank; Mitverschulden des Kunden**

### **(1) Haftungsgrundsätze**

Die Bank haftet bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen für jedes Verschulden ihrer Mitarbeiter und der Personen, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinzuzieht. Soweit die Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen oder sonstige Vereinbarungen etwas Abweichendes regeln, gehen diese Regelungen vor. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten (zum Beispiel durch Verletzung der in Nr. 11 dieser Geschäftsbedingungen aufgeführten Mitwirkungspflichten) zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.

### **(2) Weitergeleitete Aufträge**

Wenn ein Auftrag seinem Inhalt nach typischerweise in der Form ausgeführt wird, dass die Bank einen Dritten mit der weiteren Erledigung betraut, erfüllt die Bank den Auftrag dadurch, dass sie ihn im eigenen Namen an den Dritten weiterleitet (weitergeleiteter Auftrag). Dies betrifft zum Beispiel die Einholung von Bankauskünften bei anderen Kreditinstituten oder die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren im Ausland. In diesen Fällen beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung des Dritten.

### **(3) Störung des Betriebs**

Die Bank haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt, Aufruhr, Kriegs- und Naturereignisse oder durch sonstige von ihr nicht zu vertretende Vorkommnisse (zum Beispiel Streik, Aussperrung, Verkehrsstörung, Verfügungen von hoher Hand im In- oder Ausland) eintreten.

## **4. Grenzen der Aufrechnungsbefugnis des Kunden, der kein Verbraucher ist**

Ein Kunde, der kein Verbraucher ist, kann gegen Forderungen der Bank nur aufrechnen, wenn seine Forderungen unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind. Diese Aufrechnungsbeschränkung gilt nicht für eine vom Kunden zur Aufrechnung gestellte Forderung, die ihren Rechtsgrund in einem Darlehen oder einer Finanzierungshilfe gemäß §§ 513, 491 bis 512 BGB hat.

## **5. Verfügungsberechtigung nach dem Tod des Kunden**

Nach dem Tod des Kunden hat derjenige, der sich gegenüber der Bank auf die Rechtsnachfolge des Kunden beruft, der Bank seine erbrechtliche Berechtigung in geeigneter Weise nachzuweisen. Wird der Bank eine Ausfertigung oder eine beglaubigte Abschrift der letztwilligen Verfügung (Testament, Erbvertrag) nebst zugehöriger Eröffnungsniederschrift vorgelegt, darf die Bank denjenigen, der darin als Erbe oder Testamentsvollstrecker bezeichnet ist, als Berechtigten ansehen, ihn verfügen lassen und insbesondere mit befreiender Wirkung an ihn leisten. Dies gilt nicht, wenn der Bank bekannt ist, dass der dort Genannte (zum Beispiel nach Anfechtung oder wegen Nichtigkeit des Testaments) nicht Verfügungsberechtigt ist oder wenn ihr dies infolge Fahrlässigkeit nicht bekannt geworden ist.

## **6. Maßgebliches Recht und Gerichtsstand bei kaufmännischen und öffentlich-rechtlichen Kunden**

### **(1) Geltung deutschen Rechts**

Für die Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank gilt deutsches Recht.

### **(2) Gerichtsstand für Inlandskunden**

Ist der Kunde ein Kaufmann und ist die streitige Geschäftsbeziehung dem Betrieb seines Handelsgewerbes zuzurechnen, so kann die Bank diesen Kunden an dem für die kontoführende Stelle zuständigen Gericht oder bei einem anderen zuständigen Gericht verklagen; dasselbe gilt für eine juristische Person des öffentlichen Rechts und für öffentlich-rechtliche Sondervermögen. Die Bank selbst kann von diesen Kunden nur an dem für die kontoführende Stelle zuständigen Gericht verklagt werden.

### **(3) Gerichtsstand für Auslandskunden**

Die Gerichtsstandsvereinbarung gilt auch für Kunden, die im Ausland eine vergleichbare gewerbliche Tätigkeit ausüben, sowie für ausländische Institutionen, die mit inländischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder mit einem inländischen öffentlich-rechtlichen Sondervermögen vergleichbar sind.

## **B Kontoführung**

## **7. Rechnungsabschlüsse bei Kontokorrentkonten (Konten in laufender Rechnung)**

### **(1) Erteilung der Rechnungsabschlüsse**

Die Bank erteilt bei einem Kontokorrentkonto, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist, jeweils zum Ende eines Kalenderquartals einen Rechnungsabschluss; dabei werden die in diesem Zeitraum entstandenen beiderseitigen Ansprüche (einschließlich der Zinsen und Entgelte der Bank) verrechnet. Die Bank kann auf den Saldo, der sich aus der Verrechnung ergibt, nach Nummer 12 dieser Geschäftsbedingungen oder nach der mit dem Kunden anderweitig getroffenen Vereinbarung Zinsen berechnen.

### **(2) Frist für Einwendungen; Genehmigung durch Schweigen**

Einwendungen wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit eines Rechnungsabschlusses hat der Kunde spätestens vor Ablauf von sechs Wochen nach dessen Zugang zu erheben; macht er seine Einwendungen in Textform geltend, genügt die Absendung innerhalb der Sechs-Wochen-Frist. Das Unterlassen rechtzeitiger Einwendungen gilt als Genehmigung. Auf diese Folge wird die Bank bei Erteilung des Rechnungsabschlusses besonders hinweisen. Der Kunde kann auch nach Fristablauf eine



Berichtigung des Rechnungsabschlusses verlangen, muss dann aber beweisen, dass zu Unrecht sein Konto belastet oder eine ihm zustehende Gutschrift nicht erteilt wurde.

## **8. Storno- und Berichtigungsbuchungen der Bank**

### **(1) Vor Rechnungsabschluss**

Fehlerhafte Gutschriften auf Kontokorrentkonten (zum Beispiel wegen einer falschen Kontonummer) darf die Bank bis zum nächsten Rechnungsabschluss durch eine Belastungsbuchung rückgängig machen, soweit ihr ein Rückzahlungsanspruch gegen den Kunden zusteht (Stornobuchung); der Kunde kann in diesem Fall gegen die Belastungsbuchung nicht einwenden, dass er in Höhe der Gutschrift bereits verfügt hat.

### **(2) Nach Rechnungsabschluss**

Stellt die Bank eine fehlerhafte Gutschrift erst nach einem Rechnungsabschluss fest und steht ihr ein Rückzahlungsanspruch gegen den Kunden zu, so wird sie in Höhe ihres Anspruchs sein Konto belasten (Berichtigungsbuchung). Erhebt der Kunde gegen die Berichtigungsbuchung Einwendungen, so wird die Bank den Betrag dem Konto wieder gutschreiben und ihren Rückzahlungsanspruch gesondert geltend machen.

### **(3) Information des Kunden; Zinsberechnung**

Über Storno- und Berichtigungsbuchungen wird die Bank den Kunden unverzüglich unterrichten. Die Buchungen nimmt die Bank hinsichtlich der Zinsberechnung rückwirkend zu dem Tag vor, an dem die fehlerhafte Buchung durchgeführt wurde.

## **9. Einzugsaufträge**

### **(1) Erteilung von Vorbehaltsgutschriften bei der Einreichung**

Schreibt die Bank den Gegenwert von Schecks und Lastschriften schon vor ihrer Einlösung gut, geschieht dies unter dem Vorbehalt ihrer Einlösung, und zwar auch dann, wenn diese bei der Bank selbst zahlbar sind. Reicht der Kunde andere Papiere mit dem Auftrag ein, von einem Zahlungspflichtigen einen Forderungsbetrag zu beschaffen (zum Beispiel Zinsscheine), und erteilt die Bank über den Betrag eine Gutschrift, so steht diese unter dem Vorbehalt, dass die Bank den Betrag erhält. Der Vorbehalt gilt auch dann, wenn die Schecks, Lastschriften und anderen Papiere bei der Bank selbst zahlbar sind. Werden Schecks oder Lastschriften nicht eingelöst oder erhält die Bank den Betrag aus dem Einzugsauftrag nicht, macht die Bank die Vorbehaltsgutschrift rückgängig. Dies geschieht unabhängig davon, ob in der Zwischenzeit ein Rechnungsabschluss erteilt wurde.

### **(2) Einlösung von Lastschriften**

Lastschriften sind eingelöst, wenn die Belastungsbuchung nicht spätestens am zweiten Bankgeschäftstag – bei SEPA-Firmenlastschriften nicht spätestens am dritten Bankgeschäftstag – nach ihrer Vornahme rückgängig gemacht wird (Bankgeschäftstage sind alle Tage außer jedem Samstag, jedem Sonntag, Feiertag und Tagen, an denen der Firmensitz der Bank in Belgien nicht geöffnet ist).

## **10. Fremdwährungsgeschäfte und Risiken bei Fremdwährungskonten**

### **(1) Auftragsausführung bei Fremdwährungskonten**



Fremdwährungskonten des Kunden dienen dazu, Zahlungen an den Kunden und Verfügungen des Kunden in fremder Währung bargeldlos abzuwickeln. Verfügungen über Guthaben auf Fremdwährungskonten (zum Beispiel durch Überweisungen zu Lasten des Fremdwährungsguthabens) werden unter Einschaltung von Banken im Heimatland der Währung abgewickelt, wenn sie die Bank nicht vollständig innerhalb des eigenen Hauses ausführt.

## **(2) Gutschriften bei Fremdwährungsgeschäften mit dem Kunden**

Schließt die Bank mit dem Kunden ein Geschäft (zum Beispiel ein Devisentermingeschäft) ab, aus dem sie die Verschaffung eines Betrages in fremder Währung schuldet, wird sie ihre Fremdwährungsverbindlichkeit durch Gutschrift auf dem Konto des Kunden in dieser Währung erfüllen, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist.

## **(3) Vorübergehende Beschränkung der Leistung durch die Bank**

Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zu Lasten eines Fremdwährungsguthabens (Absatz 1) oder zur Erfüllung einer Fremdwährungsverbindlichkeit (Absatz 2) ist in dem Umfang und solange ausgesetzt, wie die Bank in der Währung, auf die das Fremdwährungsguthaben oder die Verbindlichkeit lautet, wegen politisch bedingter Maßnahmen oder Ereignisse im Lande dieser Währung nicht oder nur eingeschränkt verfügen kann. In dem Umfang und solange diese Maßnahmen oder Ereignisse andauern, ist die Bank auch nicht zu einer Erfüllung an einem anderen Ort außerhalb des Landes der Währung, in einer anderen Währung (auch nicht in Euro) oder durch Anschaffung von Bargeld verpflichtet. Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zu Lasten eines Fremdwährungsguthabens ist dagegen nicht ausgesetzt, wenn sie die Bank vollständig im eigenen Haus ausführen kann. Das Recht des Kunden und der Bank, fällige gegenseitige Forderungen in derselben Währung miteinander zu verrechnen, bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt.

## **(4) Wechselkurs**

Die Bestimmung des Wechselkurses bei Fremdwährungsgeschäften ergibt sich aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“. Bei Zahlungsdiensten gilt ergänzend der Zahlungsdiensterahmenvertrag.

## **C Mitwirkungspflichten des Kunden**

### **11. Mitwirkungspflichten des Kunden**

#### **(1) Mitteilung von Änderungen**

Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Geschäftsverkehrs ist es erforderlich, dass der Kunde der Bank Änderungen seines Namens und seiner Anschrift sowie das Erlöschen oder die Änderung einer gegenüber der Bank erteilten Vertretungsmacht (insbesondere einer Vollmacht) unverzüglich mitteilt. Diese Mitteilungspflicht besteht auch dann, wenn die Vertretungsmacht in ein öffentliches Register (zum Beispiel in das Handelsregister) eingetragen ist und ihr Erlöschen oder ihre Änderung in dieses Register eingetragen wird. Darüber hinaus können sich weitergehende gesetzliche Mitteilungspflichten, insbesondere aus dem Geldwäschegesetz, ergeben.

#### **(2) Klarheit von Aufträgen**

Aufträge müssen ihren Inhalt zweifelsfrei erkennen lassen. Nicht eindeutig formulierte Aufträge können Rückfragen zur Folge haben, die zu Verzögerungen führen können. Vor allem hat der Kunde bei Aufträgen auf die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Angaben, insbesondere der Kontonummer



und Bankleitzahl oder IBAN (International Bank Account Number) und BIC (Bank Identifier Code) sowie der Währung zu achten. Änderungen, Bestätigungen oder Wiederholungen von Aufträgen müssen als solche gekennzeichnet sein.

### **(3) Besonderer Hinweis bei Eilbedürftigkeit der Ausführung eines Auftrags**

Hält der Kunde bei der Ausführung eines Auftrags besondere Eile für nötig, hat er dies der Bank gesondert mitzuteilen. Bei formularmäßig erteilten Aufträgen muss dies außerhalb des Formulars erfolgen.

### **(4) Prüfung und Einwendungen bei Mitteilungen der Bank**

Der Kunde hat Kontoauszüge, Wertpapierabrechnungen, Depot und Ertragnisaufstellungen, sonstige Abrechnungen, Anzeigen über die Ausführung von Aufträgen sowie Informationen über erwartete Zahlungen und Sendungen (Avisé) auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit unverzüglich zu überprüfen und etwaige Einwendungen unverzüglich zu erheben.

### **(5) Benachrichtigung der Bank bei Ausbleiben von Mitteilungen**

Falls Rechnungsabschlüsse und Depotaufstellungen dem Kunden nicht zugehen, muss er die Bank unverzüglich benachrichtigen. Die Benachrichtigungspflicht besteht auch beim Ausbleiben anderer Mitteilungen, deren Eingang der Kunde erwartet (Wertpapierabrechnungen, Kontoauszüge nach der Ausführung von Aufträgen des Kunden oder über Zahlungen, die der Kunde erwartet).

## **D Kosten der Bankdienstleistungen**

### **12. Zinsen, Entgelte und Aufwendungen**

#### **(1) Zinsen und Entgelte im Geschäft mit Verbrauchern**

Die Höhe der Zinsen und Entgelte für die üblichen Bankleistungen, die die Bank gegenüber Verbrauchern erbringt, einschließlich der Höhe von Zahlungen, die über die für die Hauptleistung vereinbarten Entgelte hinausgehen, ergeben sich aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“.

Wenn ein Verbraucher eine dort aufgeführte Hauptleistung in Anspruch nimmt und dabei keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, gelten die zu diesem Zeitpunkt im Preisaushang oder Preis- und Leistungsverzeichnis angegebenen Zinsen und Entgelte.

Eine Vereinbarung, die auf eine über das vereinbarte Entgelt für die Hauptleistung hinausgehende Zahlung des Verbrauchers gerichtet ist, kann die Bank mit dem Verbraucher nur ausdrücklich treffen, auch wenn sie im Preisaushang oder im Preis- und Leistungsverzeichnis ausgewiesen ist.

Für die Vergütung der nicht im Preisaushang oder im Preis- und Leistungsverzeichnis aufgeführten Leistungen, die im Auftrag des Verbrauchers erbracht werden und die, nach den Umständen zu urteilen, nur gegen eine Vergütung zu erwarten sind, gelten, soweit keine andere Vereinbarung getroffen wurde, die gesetzlichen Vorschriften.

#### **(2) Zinsen und Entgelte im Geschäft mit Kunden, die keine Verbraucher sind**

Die Höhe der Zinsen und Entgelte für die üblichen Bankleistungen, die die Bank gegenüber Kunden, die keine Verbraucher sind, erbringt, ergeben sich aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“, soweit der Preisaushang und das Preis- und Leistungsverzeichnis übliche Bankleistungen gegenüber Kunden, die keine Verbraucher sind (zum Beispiel Geschäftskunden), ausweisen.



Wenn ein Kunde, der kein Verbraucher ist, eine dort aufgeführte Bankleistung in Anspruch nimmt und dabei keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, gelten die zu diesem Zeitpunkt im Preisaushang oder Preis- und Leistungsverzeichnis angegebenen Zinsen und Entgelte.

Im Übrigen bestimmt die Bank, sofern keine andere Vereinbarung getroffen wurde und gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen, die Höhe von Zinsen und Entgelten nach billigem Ermessen (§ 315 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

### **(3) Nicht entgeltfähige Leistung**

Für eine Leistung, zu deren Erbringung die Bank kraft Gesetzes oder aufgrund einer vertraglichen Nebenpflicht verpflichtet ist oder die sie im eigenen Interesse wahrnimmt, wird die Bank kein Entgelt berechnen, es sei denn, es ist gesetzlich zulässig und wird nach Maßgabe der gesetzlichen Regelung erhoben.

### **(4) Änderung von Zinsen; Kündigungsrecht des Kunden bei Erhöhung**

Die Änderung der Zinsen bei Krediten mit einem veränderlichen Zinssatz erfolgt aufgrund der jeweiligen Kreditvereinbarungen mit dem Kunden. Die Bank wird dem Kunden Änderungen von Zinsen mitteilen. Bei einer Erhöhung kann der Kunde, sofern nichts anderes vereinbart ist, die davon betroffene Kreditvereinbarung innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe der Änderung mit sofortiger Wirkung kündigen. Kündigt der Kunde, so werden die erhöhten Zinsen für die gekündigte Kreditvereinbarung nicht zugrunde gelegt. Die Bank wird zur Abwicklung eine angemessene Frist einräumen.

### **(5) Änderung von Entgelten bei typischerweise dauerhaft in Anspruch genommenen Leistungen**

Änderungen von Entgelten für Bankleistungen, die vom Kunden im Rahmen der Geschäftsverbindung typischerweise dauerhaft in Anspruch genommen werden (zB Konto- und Depotführung), werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (z.B. App), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Die von der Bank angebotenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt. Eine Vereinbarung über die Änderung eines Entgelts, das auf eine über die Hauptleistung hinausgehende Zahlung eines Verbrauchers gerichtet ist, kann die Bank mit dem Verbraucher nur ausdrücklich treffen.

### **(6) Ersatz von Aufwendungen**

Ein möglicher Anspruch der Bank auf Ersatz von Aufwendungen richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

### **(7) Besonderheiten bei Verbraucherdarlehensverträgen und Zahlungsdiensteverträgen mit Verbrauchern für Zahlungen**

Bei Verbraucherdarlehensverträgen und Zahlungsdiensteverträgen mit Verbrauchern für Zahlungen richten sich die Zinsen und die Kosten (Entgelte und Auslagen) nach den jeweiligen vertraglichen Vereinbarungen und Sonderbedingungen sowie ergänzend nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Änderung von Entgelten von Zahlungsdiensteverträgen (zum Beispiel Girovertrag) richtet sich nach Absatz 5.

## **E      Sicherheiten für die Ansprüche der Bank gegen den Kunden**

### **13. Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten**

#### **(1)      Anspruch der Bank auf Bestellung von Sicherheiten**

Die Bank kann für alle Ansprüche aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung die Bestellung bankmäßiger Sicherheiten verlangen, und zwar auch dann, wenn die Ansprüche bedingt sind (zum Beispiel Aufwendungsersatzanspruch wegen der Inanspruchnahme aus einer für den Kunden übernommenen Bürgschaft). Hat der Kunde gegenüber der Bank eine Haftung für Verbindlichkeiten eines anderen Kunden der Bank übernommen (zum Beispiel als Bürge), so besteht für die Bank ein Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten im Hinblick auf die aus der Haftungsübernahme folgende Schuld jedoch erst ab ihrer Fälligkeit.

#### **(2)      Veränderungen des Risikos**

Hat die Bank bei der Entstehung von Ansprüchen gegen den Kunden zunächst ganz oder teilweise davon abgesehen, die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten zu verlangen, kann sie auch später noch eine Besicherung fordern. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass Umstände eintreten oder bekannt werden, die eine erhöhte Risikobewertung der Ansprüche gegen den Kunden rechtfertigen. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn

- sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden nachteilig verändert haben oder sich zu verändern drohen, oder
- sich die vorhandenen Sicherheiten wertmäßig verschlechtert haben oder zu verschlechtern drohen.

Der Besicherungsanspruch der Bank besteht nicht, wenn ausdrücklich vereinbart ist, dass der Kunde keine oder ausschließlich im Einzelnen benannte Sicherheiten zu bestellen hat. Bei Verbraucherdarlehensverträgen besteht ein Anspruch auf die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nur, soweit die Sicherheiten im Kreditvertrag angegeben sind. Übersteigt der Nettodarlehensbetrag 75.000 Euro, besteht der Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung auch dann, wenn der Allgemeine Verbraucherdarlehensvertrag im Sinne von § 491 Abs. 2 BGB keine oder keine abschließenden Angaben über Sicherheiten enthalten sind.

#### **(3)      Fristsetzung für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten**

Für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten wird die Bank eine angemessene Frist einräumen. Beabsichtigt die Bank, von ihrem Recht zur fristlosen Kündigung nach Nr. 19 Absatz 3 dieser Geschäftsbedingungen Gebrauch zu machen, falls der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nicht fristgerecht nachkommt, wird sie ihn zuvor hierauf hinweisen.

### **14. Vereinbarung eines Pfandrechts zu Gunsten der Bank**

#### **(1)      Einigung über das Pfandrecht**

Der Kunde und die Bank sind sich darüber einig, dass die Bank ein Pfandrecht an den Wertpapieren und Sachen erwirbt, an denen eine inländische Geschäftsstelle im bankmäßigen Geschäftsverkehr Besitz erlangt hat oder noch erlangen wird. Die Bank erwirbt ein Pfandrecht auch an den Ansprüchen,



die dem Kunden gegen die Bank aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung zustehen oder künftig zustehen werden (zum Beispiel Kontoguthaben).

## **(2) Gesicherte Ansprüche**

Das Pfandrecht dient der Sicherung aller bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche, die der Bank mit ihren sämtlichen in- und ausländischen Geschäftsstellen aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung gegen den Kunden zustehen. Hat der Kunde gegenüber der Bank eine Haftung für Verbindlichkeiten eines anderen Kunden der Bank übernommen (zum Beispiel als Bürge), so sichert das Pfandrecht die aus der Haftungsübernahme folgende Schuld jedoch erst ab ihrer Fälligkeit.

## **(3) Ausnahmen vom Pfandrecht**

Gelangen Gelder oder andere Werte mit der Maßgabe in die Verfügungsgewalt der Bank, dass sie nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden dürfen (zum Beispiel Bargeldeinzahlung zur Einlösung eines Wechsels), erstreckt sich das Pfandrecht der Bank nicht auf diese Werte. Dasselbe gilt für die von der Bank selbst ausgegebenen Aktien (eigene Aktien) und für die Wertpapiere, die die Bank im Ausland für den Kunden verwahrt. Außerdem erstreckt sich das Pfandrecht nicht auf die der Bank selbst ausgegebenen eigenen Genussrechte/Genussscheine und nicht auf die verbrieften und nicht verbrieften nachrangigen Verbindlichkeiten der Bank.

## **(4) Zins- und Gewinnanteilscheine**

Unterliegen dem Pfandrecht der Bank Wertpapiere, ist der Kunde nicht berechtigt, die Herausgabe der zu diesen Papieren gehörenden Zins- und Gewinnanteilscheine zu verlangen.

# **15. Sicherungsrechte bei Einzugspapieren und diskontierten Wechseln**

## **(1) Sicherungsübereignung**

Die Bank erwirbt an den ihr zum Einzug eingereichten Schecks und Wechseln im Zeitpunkt der Einreichung Sicherungseigentum. An diskontierten Wechseln erwirbt die Bank im Zeitpunkt des Wechselankaufs uneingeschränktes Eigentum; belastet sie diskontierte Wechsel dem Konto zurück, so verbleibt ihr das Sicherungseigentum an diesen Wechseln.

## **(2) Sicherungsabtretung**

Mit dem Erwerb des Eigentums an Schecks und Wechseln gehen auch die zu Grunde liegenden Forderungen auf die Bank über; ein Forderungsübergang findet ferner statt, wenn andere Papiere zum Einzug eingereicht werden (zum Beispiel Lastschriften, kaufmännische Handelspapiere).

## **(3) Zweckgebundene Einzugspapiere**

Werden der Bank Einzugspapiere mit der Maßgabe eingereicht, dass ihr Gegenwert nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden darf, erstrecken sich die Sicherungsübereignung und die Sicherungsabtretung nicht auf diese Papiere.

## **(4) Gesicherte Ansprüche der Bank**

Das Sicherungseigentum und die Sicherungsabtretung dienen der Sicherung aller Ansprüche, die der Bank gegen den Kunden bei Einreichung von Einzugspapieren aus seinen Kontokorrentkonten zustehen oder die infolge der Rückbelastung nicht eingelöster Einzugspapiere oder diskontierter Wechsel entstehen. Auf Anforderung des Kunden nimmt die Bank eine Rückübertragung des



Sicherungseigentums an den Papieren und der auf sie übergegangenen Forderungen an den Kunden vor, falls ihr im Zeitpunkt der Anforderung keine zu sichernden Ansprüche gegen den Kunden zustehen oder sie ihn über den Gegenwert der Papiere vor deren endgültiger Bezahlung nicht verfügen lässt.

## **16. Begrenzung des Besicherungsanspruchs und Freigabeverpflichtung**

### **(1) Deckungsgrenze**

Die Bank kann ihren Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten so lange geltend machen, bis der realisierbare Wert aller Sicherheiten dem Gesamtbetrag aller Ansprüche aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung (Deckungsgrenze) entspricht.

### **(2) Freigabe**

Falls der realisierbare Wert aller Sicherheiten die Deckungsgrenze nicht nur vorübergehend übersteigt, hat die Bank auf Verlangen des Kunden Sicherheiten nach ihrer Wahl freizugeben, und zwar in Höhe des die Deckungsgrenze übersteigenden Betrages; sie wird bei der Auswahl der freizugebenden Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Kunden und eines dritten Sicherungsgebers, der für die Verbindlichkeiten des Kunden Sicherheiten bestellt hat, Rücksicht nehmen. In diesem Rahmen ist die Bank auch verpflichtet, Aufträge des Kunden über die dem Pfandrecht unterliegenden Werte auszuführen (zum Beispiel Verkauf von Wertpapieren, Bargeldauszahlung von Sparguthaben).

### **(3) Sondervereinbarungen**

Ist für eine bestimmte Sicherheit ein anderer Bewertungsmaßstab als der realisierbare Wert oder ist eine andere Deckungsgrenze oder ist eine andere Grenze für die Freigabe von Sicherheiten vereinbart, so sind diese maßgeblich.

## **17. Verwertung von Sicherheiten**

### **(1) Wahlrecht der Bank**

Wenn die Bank verwertet, hat sie unter mehreren Sicherheiten die Wahl. Sie wird bei der Verwertung und bei der Auswahl der zu verwertenden Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Kunden und eines dritten Sicherungsgebers, der für die Verbindlichkeiten des Kunden Sicherheiten bestellt hat, Rücksicht nehmen.

### **(2) Erlösgutschrift nach dem Umsatzsteuerrecht**

Wenn der Verwertungsvorgang der Umsatzsteuer unterliegt, wird die Bank dem Kunden über den Erlös eine Gutschrift erteilen, die als Rechnung für die Lieferung der als Sicherheit dienenden Sache gilt und den Voraussetzungen des Umsatzsteuerrechts entspricht.

## **F Kündigung**

## **18. Kündigungsrechte des Kunden**

### **(1) Jederzeitiges Kündigungsrecht**

Der Kunde kann sofern weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.

## **(2) Kündigung aus wichtigem Grund**

Ist für eine Geschäftsbeziehung eine Laufzeit oder eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart, kann eine fristlose Kündigung nur dann ausgesprochen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt, der es dem Kunden, auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange der Bank, unzumutbar werden lässt, die Geschäftsbeziehung fortzusetzen.

## **(3) Gesetzliche Kündigungsrechte**

Gesetzliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

## **19. Kündigungsrechte der Bank**

### **(1) Kündigung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist**

Die Bank kann die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Geschäftsbeziehungen, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, jederzeit unter Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist kündigen. Bei der Bemessung der Kündigungsfrist wird die Bank auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen. Für die Kündigung eines Zahlungsdiensterahmenvertrages (z. B. laufendes Konto oder Debitkartenvertrag) und eines Depots beträgt die Kündigungsfrist mindestens zwei Monate.

### **(2) Kündigung unbefristeter Kredite**

Kredite und Kreditzusagen, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, kann die Bank jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Die Bank wird bei der Ausübung dieses Kündigungsrechts auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen.

Soweit das Bürgerliche Gesetzbuch Sonderregelungen für die Kündigung eines Verbraucherdarlehensvertrages vorsieht, kann die Bank nur nach Maßgabe dieser Regelungen kündigen.

### **(3) Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist**

Eine fristlose Kündigung der gesamten Geschäftsverbindung oder einzelner Geschäftsbeziehungen ist zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der der Bank, deren Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Kunden unzumutbar werden lässt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,

- wenn der Kunde unrichtige Angaben über seine Vermögensverhältnisse gemacht hat, die für die Entscheidung der Bank über eine Kreditgewährung oder über andere mit Risiken für die Bank verbundene Geschäfte (zum Beispiel Ausgabe einer Debitkarte oder Kreditkarte) von erheblicher Bedeutung waren; bei Verbraucherdarlehen gilt dies nur, wenn der Kunde für die Kreditwürdigkeitsprüfung relevante Informationen wissentlich vorenthalten oder diese gefälscht hat und dies zu einem Mangel der Kreditwürdigkeitsprüfung geführt hat, oder
- wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder der Werthaltigkeit einer Sicherheit eintritt oder einzutreten droht und dadurch die Rückzahlung des Darlehens oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber der Bank – auch unter Verwertung einer hierfür bestehenden Sicherheit – gefährdet ist, oder





- wenn der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nach Nummer 13 Absatz 2 dieser Geschäftsbedingungen oder aufgrund einer sonstigen Vereinbarung nicht innerhalb der von der Bank gesetzten angemessenen Frist nachkommt oder
- wenn der Vertrag des Kunden mit dem Kooperationspartner, gleich aus welchem Grund, gekündigt wird.

Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten angemessenen Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, es sei denn, dies ist wegen der Besonderheiten des Einzelfalles (§ 323 Absätze 2 und 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches) entbehrlich.

#### **(4) Kündigung von Verbraucherdarlehensverträgen bei Verzug**

Soweit das Bürgerliche Gesetzbuch Sonderregelungen für die Kündigung wegen Verzuges mit der Rückzahlung eines Verbraucherdarlehensvertrages vorsieht, kann die Bank nur nach Maßgabe dieser Regelungen kündigen.

#### **(5) Kündigung eines Basiskontovertrages**

Einen Basiskontovertrag kann die Bank nur nach den zwischen der Bank und dem Kunden auf Grundlage des Zahlungskontengesetzes getroffenen Vereinbarungen und den Bestimmungen des Zahlungskontengesetzes kündigen.

#### **(6) Abwicklung nach einer Kündigung**

Im Falle einer Kündigung ohne Kündigungsfrist wird die Bank dem Kunden für die Abwicklung (insbesondere für die Rückzahlung eines Kredits) eine angemessene Frist einräumen, soweit nicht eine sofortige Erledigung erforderlich ist.

#### **(7) Inaktive Konten / Einlage- und Konsignationsfonds (Deposit and Consignment Fund)**

Wenn der Kunde nach Beendigung der Geschäftsbeziehung keine Weisung zur Übertragung der Vermögenswerte erteilt, behält sich die Bank das Recht vor, die Vermögenswerte des ehemaligen Kunden nach fünf (5) Jahren gemäß der belgischen Gesetze zu nachrichtenlosen Vermögenswerten auf den Einlage- und Konsignationsfonds ("Deposito-en consignatiekas"/"caisse de dépôts et consignations") zu übertragen.

Wenn das Konto einen Saldo von 60,- EUR oder mehr aufweist, leitet die Bank ggf. ein Suchverfahren für nachrichtenlose Kontoinhaber ein. Während dieses Suchverfahrens konsultiert die Bank das belgische Nationale Register sowie die Crossroads Bank for Social Security und sendet dem Kontoinhaber ein Schreiben.

Sollte dieses Suchverfahren fehlschlagen oder das Konto ein Guthaben von weniger als 60,- EUR aufweisen, wird die Bank das Guthaben vor Ablauf des sechsten Jahres nach der letzten Intervention des Inhabers gemäß den Bestimmungen des oben genannten Gesetzes an den Einlage- und Konsignationsfonds übertragen.

Die Bank ist berechtigt, die sich aus dem oben genannten Verfahren ergebenden Kosten auf die vom Kunden gehaltenen Vermögenswerte mit maximal dem höheren Betrag zwischen 10 % des auf dem Konto gutgeschriebenen Betrags und 200,- EUR zu berechnen.

### **G Schutz der Einlagen**



## 20. Einlagensicherungsfonds

Die Bank ist als Kreditinstitut nach belgischem Recht Mitglied des belgischen Einlagensicherungssystems ("le Fonds de garantie pour les services financiers"/"het Garantiefonds voor financiële diensten", des "**Fonds**").

Der Fonds gewährleistet bis zu einem Betrag von 100.000,- EUR den Schutz der von der Bank gehaltenen Bareinlagen (einschließlich Einlagenzertifikate - "bons de caisse"/"kasbons"), falls die Bank (im Sinne des geltenden Rechts) ausfällt. Sollte der Fonds eingreifen, werden bei der Berechnung des Rückzahlungsbetrags die Verbindlichkeiten des Einlegers berücksichtigt, wie im Königlichen Erlass vom 16. März 2009 definiert. Eine ausführliche Beschreibung der Bedingungen für das Eingreifen des Fonds und anderer anwendbarer Vorschriften finden Sie unter [www.fondsdegarantie.belgium.be/fr](http://www.fondsdegarantie.belgium.be/fr) oder [www.garantiefonds.belgium.be/nl](http://www.garantiefonds.belgium.be/nl).

In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen über den Fonds wurde dem Kunden vor der Eröffnung eines Kontos bei der Bank das Informationsblatt für den Einleger per E-Mail auf einem dauerhaften Datenträger zugesandt. Der Kunde bestätigt den Erhalt dieses Einlegerinformationsblattes durch die Annahme der vorliegenden Bedingungen.

Wie gesetzlich vorgeschrieben, ist die Bank auch Mitglied der belgischen Sicherungseinrichtung für Einlagen und Finanzinstrumente ("Fonds de protection des dépôts et instruments financiers"/"Bescherminingsfonds voor deposito's en financiële instrumenten", der "**Sicherungsfonds**"). Der Sicherungsfonds gewährleistet in gewissem Umfang den Schutz von bei der Bank hinterlegten Finanzinstrumenten bei Ausfall der Bank (im Sinne des geltenden Rechts). Eine ausführliche Beschreibung der Bedingungen für das Eingreifen des Sicherungsfonds und anderer geltender Vorschriften finden Sie unter [www.protectionfund.be](http://www.protectionfund.be).

## 21. Zentrale Kontaktstelle der Belgischen Nationalbank

Die Bank muss der Zentralen Kontaktstelle der Belgischen Nationalbank ("**CPC**") bis zum 31. März eines jeden Jahres die folgenden Daten für jeden Kunden mitteilen:

- Identifikationsdaten des Kunden, einschließlich der Identifikationsnummer im nationalen Register oder, in Ermangelung dessen, des Familiennamens, des offiziellen Vornamens, des Geburtsdatums und des Geburtsortes (oder, falls keiner eingetragen ist, des Heimatlandes);
- das Enddatum des Kalenderjahres, auf das sich die offengelegten Daten beziehen (d. h. das Kalenderjahr, das vor dem Jahr liegt, in dem sie der CPC offengelegt wurden);
- eine Liste der Konten, die der Kunde zu irgendeinem Zeitpunkt während des oben genannten Kalenderjahres allein oder gemeinsam mit anderen besitzt;
- die mit dem Kunden abgeschlossenen Verträge im Sinne von Artikel 1.5 des Königlichen Erlasses vom 17. Juli 2013 (d.h. insbesondere Kredit- und Darlehensverträge, Verträge über Wertpapierdienstleistungen und/oder -tätigkeiten), die zu irgendeinem Zeitpunkt während des oben genannten Kalenderjahres in Kraft waren;

Diese Daten werden von der CPC erfasst und für einen Zeitraum von 8 Jahren aufbewahrt.



Der Kunde hat das Recht, die in seinem Namen bei der CPC gespeicherten Daten bei der Belgischen Nationalbank (Boulevard de Berlaimont 14, 1000 Brüssel) einzusehen. Der Kunde hat das Recht, über die Bank die Berichtigung oder Löschung von unrichtigen Daten zu verlangen, die zu seinem Namen bei der CPC gespeichert sind.

Die an die CPC weitergegebenen Daten können von den Steuerbehörden eingesehen werden, entweder um das steuerpflichtige Einkommen des Kunden zu ermitteln oder um die Finanzlage des Kunden festzustellen, um die Zahlung der geschuldeten Steuern und Quellensteuern auf Haupt- und Zusatzbeträge, eventuelle Steuererhöhungen und Bußgelder, Zinsen und Kosten sicherzustellen.

## **H Ombudsmannverfahren**

### **22. Beschwerde- und Alternative Streitbeilegungsverfahren**

Der Kunde hat folgende außergerichtliche Möglichkeiten:

Der Kunde kann sich mit einer Beschwerde an die im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ genannte Kontaktstelle der Bank wenden oder kann eine Beschwerde per E-Mail an: [complaint@aion.be](mailto:complaint@aion.be) senden. Die Bank wird Beschwerden in geeigneter Weise beantworten, bei Zahlungsdiensteverträgen erfolgt dies in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail).

Kunden, die Verbraucher sind (natürliche Personen, die außerhalb ihrer beruflichen Tätigkeit handeln) und die mit der Position der Bank nicht zufrieden sind, können sich an den belgischen Ombudsmann in Finanzfragen ("**Ombudsfin**") wenden:

Ombudsfin

North Gate II, Roi Albert II Boulevard, 8 (box 2)

1000 Brüssel

Belgien

Email : [ombudsman@ombudsfin.be](mailto:ombudsman@ombudsfin.be)

Fax : +32 2 545 77 79

Web : <https://www.ombudsfin.be/>

Die Europäische Kommission hat unter <http://ec.europa.eu/consumers/odr/> eine europäische Online Streitbeilegungsplattform (OS-Plattform) errichtet. Die OS-Plattform kann ein Verbraucher für die außergerichtliche Beilegung einer Streitigkeit aus Online-Verträgen mit einem in der EU niedergelassenen Unternehmen nutzen.



INFORMATIONSBLETT ZUR EINLAGENSICHERUNG	
Die von der AION Bank S.A. gehaltenen Einlagen werden garantiert durch:	The Guarantee Fund (BE)
Sicherungsobergrenze:	100.000 Euro pro Einleger pro Kreditinstitut (1)
Falls Sie mehrere Einlagen bei demselben Kreditinstitut haben:	Alle Ihre Einlage bei demselben Kreditinstitut werden "zusammengezählt", und die Gesamtsumme unterliegt der Obergrenze von 100.000 Euro (1)
Falls Sie ein Gemeinschaftskonto mit einer oder mehreren anderen Personen haben:	Die Obergrenze von 100.000 Euro gilt für jeden einzelnen Anleger (2)
Erstattungsfrist bei Ausfall eines Kreditinstituts:	20 Arbeitstage (3)
Währung der Erstattung:	Euro
Kontaktdaten:	Financial Services Guarantee Fund Federal Public Service Finance General Treasury Department Avenue des Arts 30 B-1040 Brussels Tel. : 32.2.574.78.40 Fax: 32.2.579.69.19 E-mail: garantiefonds.thesaurie@minfin.fed.be
Für weitere Informationen (insbesondere über die Arten von Einlagen und Einlegern, die durch den Schutz abgedeckt sind)	Website: <a href="http://garantiefonds.belgium.be/">http://garantiefonds.belgium.be/</a>
Empfangsbestätigung durch den Einleger (4)	Der Kunde bestätigt den Erhalt dieses Dokuments durch Unterzeichnung des Kontoeröffnungsvertrags, der ausdrücklich auf dieses Dokument verweist.

#### Zusätzliche Informationen

##### (1) Sicherungsobergrenze

Wenn eine Einlage nicht verfügbar ist, weil ein Kreditinstitut seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, werden die Einleger von einem Einlagensicherungssystem entschädigt. Diese Rückzahlung ist auf 100.000 Euro pro Kreditinstitut begrenzt.

Das bedeutet, dass alle Einlagen bei demselben Kreditinstitut addiert werden, um das Sicherungsniveau zu ermitteln. Besitzt ein Einleger z. B. ein Sparkonto mit einem Guthaben von



90.000 Euro und ein Girokonto mit 20.000 Euro, werden ihm nur 100.000 Euro zurückgezahlt. Unter bestimmten Bedingungen sind die folgenden Einlagen über 100.000 Euro geschützt: Einlagen (i) für Immobilientransaktionen im Zusammenhang mit privatem Wohnraum, (ii) Einlagen, die an bestimmte Ereignisse im Leben eines Einlegers geknüpft sind und bestimmte soziale Ziele erfüllen und (iii) Einlagen, die aus Versicherungs- oder Entschädigungszahlungen an die Opfer von strafrechtlichen Verbrechen oder Rechtsfehlern resultieren. Für weitere Informationen: <http://fondsdegarantie.belgium.be/>

#### (2) Sicherungsgrenze für Gemeinschaftskonten

Bei Gemeinschaftskonten gilt die Grenze von 100.000 Euro für jeden Einleger. Einlagen auf einem Gemeinschaftskonto werden im Verhältnis zu den Anteilen der Zessionare an diesem Vermögen zurückgezahlt. In Ermangelung besonderer Bestimmungen wird das Konto zwischen den Zessionaren zu gleichen Teilen aufgeteilt. Einlagen auf ein Konto, auf das zwei oder mehr Personen als Mitglieder einer Personengesellschaft, eines Vereins oder einer ähnlichen Gruppierung ohne Rechtspersönlichkeit Anspruch haben, werden jedoch zusammengefasst und für die Berechnung der Höchstgrenze von 100.000 Euro so behandelt, als ob sie von einem einzigen Einleger getätigt worden wären, es sei denn, die Mitglieder können die Rechte am Kontoguthaben einzeln ausüben und jede ihrer Identitäten kann festgestellt werden.

#### (3) Erstattung

Das zuständige Einlagensicherungssystem ist der Fonds de Garantie pour les services publics/Het Garantiefonds.

Website: <http://fondsdegarantie.belgium.be/>

Der Fonds erstattet Ihre Einlagen bis zu 100 000 EUR innerhalb einer Frist von maximal 20 Arbeitstagen, die bis spätestens 2024 schrittweise auf eine Frist von 7 Arbeitstagen reduziert wird. Solange diese Frist nicht auf maximal 7 Arbeitstage verkürzt wurde, stellt der Sicherungsfonds sicher, dass Einleger innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Antragstellung auf einen ausreichenden Betrag ihres versicherten Guthabens zugreifen können, um ihre Lebenshaltungskosten zu decken. Für weitere Informationen: <http://fondsdegarantie.belgium.be/>

Wenn Sie innerhalb dieser Fristen keine Rückzahlung erhalten haben, sollten Sie sich mit dem Einlagensicherungssystem in Verbindung setzen, da die Zeit für die Rückerstattung nach einer bestimmten Frist verfallen kann. Für weitere Informationen: <http://fondsdegarantie.belgium.be/>

#### (4) Empfangsbestätigung

Bei der jährlichen Zusendung des Informationsblattes werden keine Empfangsbestätigungen gegeben.

#### Weitere wichtige Informationen

Im Allgemeinen sind alle Einleger (Privatkunden und Unternehmen) durch das Einlagensicherungssystem abgedeckt. Ausnahmen für bestimmte Einlagen sind auf der Website des zuständigen Einlagensicherungssystems angegeben. Ihr Kreditinstitut teilt Ihnen auf Anfrage auch mit, ob bestimmte Produkte abgesichert sind oder nicht. Wenn Einlagen gedeckt sind, bestätigt das Kreditinstitut dies auch auf dem Kontoauszug.



## VERZEICHNIS DER PREISE UND DIENSTLEISTUNGEN

Alle aufgeführten Gebühren enthalten die Mehrwertsteuer, falls zutreffend. Die Gebühren werden monatlich berechnet und am Ende des Monats von Ihrem Konto abgebucht.

1. 5 € wiederkehrende monatliche Gebühren, die nur ab Kontoeröffnung bis zur Kontoschließung berechnet werden (unabhängig von der Erweiterung des Sperrkontos oder eines zusätzlichen Kontos).
2. 49 € Einrichtungsgebühr, die für die Dauer des angegebenen Sperrkontoservice erhoben wird. Das gilt auch für jede Erweiterung des Sperrkontoservices.

Haftungsausschluss: Wenn Ihr Paket ein Girokonto enthält, werden die oben genannten Gebühren auf das Girokonto statt auf das Sperrkonto erhoben.

### **Fremdwährungsumrechnung und Devisentransaktionen**

Die Standardmarge bei Fremdwährungstransaktionen beträgt [2] %. Die für die Währungsumrechnung bei Zahlungen oder Fremdwährungstransaktionen verwendeten Kurse basieren auf den auf dem internationalen Markt geltenden Notierungen. Unter normalen Marktbedingungen können diese mit den auf <https://www.bloomberg.com/markets/currencies> verfügbaren Wechselkursen verglichen werden.

**ACHTUNG:** Bei Fremdwährungsüberweisungen können zusätzliche Kosten von zwischengeschalteten Banken anfallen, die nicht von der Aion Bank abhängig sind und von der Höhe der Überweisung und den Gebühren der an der Überweisung beteiligten Banken abhängen können. Die Kosten der zwischengeschalteten Banken können den Überweisungsbetrag mindern.

**Bankgeschäftstag:** Jeder Tag, an dem Banken in Belgien üblicherweise für das Publikum geöffnet sind.



## CONDITIONS FOR THE AION BANK BLOCKED ACCOUNT

### 1. General; scope of application

Aion Bank SA/N German Branch, c/o Tribes Frankfurt, Baseler Str. 10, 60329 Frankfurt am Main, is a branch of Aion Bank SA/NV, a credit institution incorporated under the laws of Belgium, with its registered office at Manhattan Center, Avenue du Boulevard 21, 1210, registered with Crossroads Bank of Enterprises under number 403.199.30 ("**Aion Bank**" or "**Aion**" or "**Bank**"). Aion is supervised as a credit institution by the National Bank of Belgium and the European Central Bank. Aion provides certain banking and payment services to customers ("**Customers**", "**you**", "**you**"). The Customer accepts the general terms and conditions of Aion, consisting of

- GENERAL TERMS AND CONDITIONS OF AION BANK
- DEPOSIT GUARANTEE FORM
- LIST OF PRICES AND SERVICES

(together "**General Terms and Conditions**"). These General Terms and Conditions are provided in the German language, which is the only binding version. A non-binding translation into English will also be available.

The General Terms and Conditions are made available to the Customer on the website [www.\[http://api.expatrio.com/external/resources/aion/terms-and-conditions\]](http://api.expatrio.com/external/resources/aion/terms-and-conditions) ("**Website**") and in the app ("**App**"). By accepting these General Terms and Conditions, the Customer makes an offer to enter into a contract, which Aion may accept by sending a separate confirmation message. Your acceptance as a Customer is dependent on a completed and successful anti-money laundering check.

### 2. Subject of performance

#### 2.1 Main features of the services offered

The subject matter of the service is the management of a blocked account ("**Blocked Account**" or "**Account**"). The Customer may apply for the Blocked Account using the access on the Website or by downloading the App. The Blocked Account is not a payment account within the meaning of Section 1 (17) of the German Payment Services Supervision Act (*Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz*) and Section 2 (8) of the German Payment Account Act (*Zahlungskontengesetz*) because it has a limited functionalities only, namely it does not allow the Customer to execute any other payments but a monthly credit transfer to one bank account indicated by the Customer, provided that the account is held in one of the EU Member States and in the name of the Customer ("**Reference Account**").

A credit balance in the required amount ("**Blocked Credit Balance**") is blocked in favour of the municipality or other competent public authority of the competent foreigner's registration office of the Customer's current place of residence or, in the case of departure from the territory of Germany, for the last place of residence within Germany of the Customer ("**Beneficiary**").

In relation to the Beneficiary, the blocking only becomes effective once the Blocked Credit Balance has been fully paid into the Blocked Account.





Once the Blocked Credit Balance has been paid in full, the Bank provides the account holder with the confirmation of the opening of the Blocked Account and depositing the Blocked Credit Balance ("Blocked Account Confirmation") in the App and on the Website. Then, upon arrival in Germany and after successful identification, the account holder may freely dispose of a legally allowed maximum monthly amount without the consent of the Beneficiary. The Customer instructs the Bank to transfer such a monthly amount to the Reference Account. Where the Customer has not designated a Reference Account to the Bank, the disposable amounts will remain on the Blocked Account until the Customer designates a Reference Account, in which case amounts representing up to three months monthly allowance will be transferred. The remaining amounts will be disposed of to the Reference Account in monthly allowances over the period of the next months.

Any further disposals of the Blocked Credit Balance are only possible with the consent of the Beneficiary. This does not apply to any funds exceeding the Blocked Credit Balance.

Once the Blocked Credit Balance has been completely withdrawn in accordance with the above, the blocking will expire. Otherwise, the blocking shall only expire if the Bank has received an express written release from the Beneficiary.

Following documents qualify as an express written release from the Beneficiary as long as they are not older than six months:

- (i) in case of visa rejection - the original notice of rejection of the visa application (*Ablehnungsbescheid*), or
- (ii) in the case of withdrawal of the the visa application - a document issued by the German Embassy or other German Authority in the Customer's home country stating that his visa application has been withdrawn, or
- (iii) in case of the Customer leaving Germany - a letter from the German Authority (Foreigners Office) of the Customer's last registered address stating that this German Authority has no objections against closing the Blocked Account and releasing the funds ("Sperrfreigabe"), or
- (iv) in case of the Customer not having applied for a visa which prevents the German Authority from issuing a Sperrfreigabe - a standardised form confirming that the Blocked Account can be closed and the funds can be released.

After submission and examination of the express written release from the Beneficiary, the Customer may dispose of the remaining credit balance by payment order and shall be obliged to close the account as soon as possible. In case the Customer has not completed the required identification for the purpose of anti-money laundering, the Bank will return the credit balance to the account from which it received the funds. If it is not possible to identify the account from which the funds originated the Customer is obliged to indicate another account held in his name to which the money can be refunded. Any changes to the required amount of the Blocked Credit Balance or extensions of this agreement (e.g. due to an extended stay in Germany), may be subject to additional charges as set out in the list of prices and services.

Furthermore, the provisions of the General Terms and Conditions of Aion shall apply insofar as these do not contradict the above provisions.

## **2.2 Forwarding information to authorities**



The Customer may consent when applying for the Blocked Account to the Bank sharing any necessary information related to the opening and holding of the Blocked Account to the relevant German and foreign authorities. The information may especially include date of birth, last name, passport number as well as the balance of the Blocked Account. The consent of the Customer also releases the Bank from the obligation to maintain the bank secrecy. The Customer is not obliged to consent to the data sharing.

Further, it remains the Customer's obligation to inform the relevant authorities of opening of the Blocked Account. The Bank will provide a confirmation letter for this purpose via the Website or App.

## 2.4 Expatrio Services

Expatrio Global Services GmbH ("Expatrio"), having its seat at Linienstraße 156-157, 10115 Berlin, Germany, registered with the relevant court at Charlottenburg (Berlin) under HRB 189471 B , provides access to services of the Bank via the Website and App.

Expatrio will enable safe and secure communication via App or Website and the Customers will be provided with personalised security features for the purpose of authentication.

Customers may check the balance of the Blocked Account via the Website and the App.

Expatrio Support Center

All correspondence and communication with customers regarding both the services provided by the Bank are carried out by Expatrio's Support Center. Information about the availability and accessibility of Expatrio's Support Center can be found on the Website and in the App.

## 2.5 Right of withdrawal

### Withdrawal policy

#### Section 1

##### Right of withdrawal

You can revoke your contractual declaration within **14 days without stating any reasons** by means of a clear declaration. The period begins after the conclusion of the contract and after you **have received** the contractual provisions including the General Terms and Conditions as well as **all the information listed below under Section 2a** on a durable medium (e.g. letter, fax, e-mail). **To meet the withdrawal deadline, it is sufficient to send the withdrawal in due time** if the declaration is made on a durable data carrier. The revocation is to be addressed to:

Aion Bank SA/N German Branch,

Baseler Str. 10, 60329 Frankfurt am Main, Germany

Email: [service@expatrio.com]

#### Section 2

##### Information required for the start of the withdrawal period

The information referred to in the second sentence of Section 1 shall include the following:

## General information

1. the existence or non-existence of a right of withdrawal as well as the conditions, details of the exercise, in particular the name and address of the person to whom the withdrawal is to be declared, and the legal consequences of the withdrawal, including information on the amount which the consumer must pay for the service provided in the event of withdrawal, provided that the consumer is obliged to pay compensation for lost value (underlying provision: Section 357a of the German Civil Code);

2. the Member States of the European Union whose law the payment service provider uses as a basis for establishing relations with the consumer prior to the conclusion of the contract;
3. details regarding payment and performance;
4. any specific additional costs to be borne by the consumer for the use of the means of distance communication, where such additional costs are charged by the payment service provider;
5. the existence of a guarantee fund or other compensation schemes that do not fall within the scope of either the deposit guarantee schemes established pursuant to Directive 2014/49/EU of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 on Deposit Guarantee Schemes (OJ L 173, 12.6.2014, p. 149; L 212, 18.7.2014, p. 47; L 309, 30. 10.2014, p. 37) nor fall under investor compensation schemes established pursuant to Directive 97/9/EC of the European Parliament and of the Council of 3 March 1997 on investor compensation schemes (OJ L 84, 26.3.1997, p. 22);

### Information on the provision of payment services:

6. on the payment service provider
  - (a) the name and address for service of process of its head office and all other addresses, including e-mail address, relevant for communication with the payment the payment service provider;
  - (b) the name and address for service of his agent or branch in the Member State where the payment service is offered;
  - (c) the supervisory authorities responsible for the payment service provider and the register kept by the Federal Financial Supervisory Authority or any other relevant public register in which the payment service provider is registered as authorized, as well as its register number or an equivalent identification used in that register;
7. for the use of the payment service
  - (a) a description of the main features of the payment service to be provided;
  - (b) information or Customer identifiers necessary for the correct initiation or execution of a payment order;
  - (c) the manner of consent to initiation of a payment order or execution of a payment transaction and revocation of a payment order (underlying provisions: Sections 675j and 675p of the Civil Code);

- d) the point in time from which a payment order is deemed to have been received (underlying provision: Section 675n (1) of the Civil Code);
  - e) a point in time specified by the payment service provider close to the end of a business day, upon the expiry of which a payment order of the consumer received after that point in time shall be deemed to have been received on the following business day (underlying provision: Section 675n (1), third sentence, of the Civil Code);
  - f) the maximum execution time for the payment services to be provided;
  - g) a reference to the possibility of agreeing on maximum amounts for the use of a payment instrument (such as a payment card) (underlying provision: Section 675k (1) of the Civil Code)
  - h) an indication of the consumer's right to request two or more different payment tokens on his card-based payment instrument, where his payment service provider offers this service, and an indication of the consumer's right to be informed in a clear and objective manner by the payment service provider, in good time before signing the contract, of all available payment tokens and their characteristics, including their functioning, cost and security (underlying provision: Article 8 of Regulation (EU) 2015/751 of the European Parliament and of the Council of 29 April 2015 on interchange fees for card-based payment transactions (OJ L 123, 19.5.2015, p. 1), as amended by Delegated Regulation (EU) 2018/72 (OJ L 13, 18.1.2018, p. 1));
8. on charges, interest and exchange rates.
- (a) all charges payable by the consumer to the payment service provider, including those based on how and how often information is required to be provided;
  - (b) a breakdown of those charges;
  - (c) the interest rates and exchange rates used or, if reference interest rates and exchange rates are used, the method for calculating the actual interest and the relevant effective date and index or basis for determining the reference interest rate or exchange rate;
  - d) the immediate taking effect of changes in the reference interest rate or exchange rate based on the agreed reference interest rates or exchange rates without prior notice to the consumer (underlying provision: Section 675g(3) of the Civil Code);
9. for communication
- (a) the means of communication the use of which is agreed for the transmission of information and notification obligations, including the technical requirements for the consumer's equipment and software;
  - (b) information on how and how often the information by the payment service provider before and during the contractual relationship, before the execution of payment transactions and during individual payment transactions are to be communicated or made available;

	<ul style="list-style-type: none"> <li>(c) the language or languages in which the contract is to be concluded and in which communication is to take place for the duration of the contractual relationship;</li> <li>(d) an indication of the consumer's right to request at any time during the contract period that the contractual terms and conditions and the pre-contractual information on the provision of payment services referred to in this withdrawal notice be provided to him in paper form or on another durable medium;</li> </ul>
10.	<p>on protective and remedial measures</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>(a) a description of how the consumer keeps a payment instrument safe and how the consumer fulfills his obligation to the payment service provider or an entity designated by the payment service provider to report the loss, theft, misuse or other unauthorized use of a payment instrument without undue delay after becoming aware of it (underlying provision: Section 675l(1), second sentence, of the German Civil Code)</li> <li>b) a description of the secure procedure for informing the consumer by the payment service provider in the event of suspected or actual fraud or security risks;</li> <li>(c) the conditions under which the payment service provider reserves the right to block a Civil Code payment instrument (underlying provision: Section 675k(2) of the Civil Code);</li> <li>d) information on the consumer's liability in case of loss, theft, missing or other misuse of the payment instrument, including information on the maximum amount (underlying provision: Section 675v of the Civil Code);</li> <li>e) information on the payment service provider's liability in case of unauthorized payment transactions (underlying provision: Section 675u of the Civil Code);</li> <li>(f) information on how and within what period the consumer must notify the payment service provider of unauthorized or incorrectly initiated or executed payment transactions (underlying provision: Section 676b of the Civil Code);</li> <li>(g) information on the payment service provider's liability in case of non-execution, faulty or delayed initiation or execution of payment transactions and information on the payment service provider's obligation to investigate, upon request, the non-executed or faulty payment transaction (underlying provision: Section 675y of the Civil Code);</li> <li>h) the conditions for the consumer's right to a refund in the event of an authorized payment transaction initiated by or through the payee (for example, in the case of SEPA direct debits) (underlying provision: Section 675x of the Civil Code);</li> </ul>
11.	<p>on Changes to the conditions and termination of the payment service framework contract</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>(a) an agreement that the consumer's consent to a change in the contractual conditions shall be deemed to have been given if the consumer has not notified the payment service provider of his refusal before the date on which the changed contractual conditions are to enter into force (underlying provision: Section 675g of the Civil Code)</li> </ul>

Code); This clause does not apply to changes or amendments which concern an essential obligation of either the Bank or the Client in their relationship.

- b) the term of the payment service framework contract;
- c) a reference to the consumer's right to terminate the contract;
- d) if applicable, a reference to the following agreements relevant to termination:
  - (aa) the agreement of a notice period for the consumer's right to terminate the contract, which shall not exceed one month (underlying provision: Section 675h (1) of the Civil Code),
  - bb) the agreement of the payment service provider's right to terminate the contract subject to a notice period of at least two months, which shall require that the contract is concluded for an indefinite period of time (underlying provision: Section 675h (2) of the Civil Code),
  - cc) the consumer's right to terminate the contract without notice before a change in the contract proposed by the payment service provider takes effect, if the consumer's consent to the change would be deemed to have been given under an agreement in the contract without express refusal, provided that the payment service provider has informed the consumer of the consequences of his silence and of the right to terminate the contract (underlying provision: Section 675g(2) of the Civil Code) ;
- 12. the contractual clauses on the law applicable to the payment service framework contract or on the competent court;
- 13. a reference to the complaint procedures open to consumers regarding alleged breaches by the payment service provider of its obligations (underlying provisions: Sections 60 to 62 of the Payment Services Supervision Act) and to out-of-court redress procedures open to consumers (underlying provision: Section 14 of the Injunctions Act).

### Section 3

#### Consequences of withdrawal

In the event of an effective withdrawal, **the services received by both parties shall be returned.** If you overdraw your Account without granted overdraft or if you exceed the granted overdraft, we may not demand repayment from you of any costs or interest over and above the amount of the overdraft or excess if we have not properly informed you of the conditions and consequences of the overdraft or excess (e.g. applicable borrowing rate, costs). You shall be obligated to **pay compensation for the value** of the service provided up to the time of withdrawal if you were made aware of this legal consequence prior to submitting your contractual declaration and expressly agreed that the performance of the service in return could be commenced before the end of the withdrawal period. If there is an obligation to pay compensation for lost value, this may mean that you still have to fulfill the contractual payment obligations for the period until the revocation. **Your right of revocation shall expire** prematurely if the contract **has been completely fulfilled by both parties** at your express request before you have exercised your right of withdrawal. **Obligations to refund payments must be**



**fulfilled within 30 days.** This period begins for you with the dispatch of your withdrawal notice, for us with its receipt.

#### **End of the withdrawal policy**

#### **Special note on the immediate execution of the contract**

Immediately after acceptance of the contract and before the expiry of the withdrawal period, the Bank shall commence execution of this contract and any further contracts concluded on the basis thereof, if the Customer gives his express consent thereto. The Bank will obtain the express consent upon conclusion of the contract.

### **3. Contractual language and communication**

#### **3.1**

The language of contract and communication is German.

#### **3.2**

Any notices or statements concerning or relating to your contractual relationship with us under these Terms and Conditions should be addressed to the following address:

Email: [service@expatrio.com](mailto:service@expatrio.com)

Phone: +49 30 2555 74 15

Mailing address:

Expatrio Global Services GmbH, Linienstraße 156-157, 10115 Berlin, Germany

3.3 For legally effective declarations towards Aion, we ask you to use the email address that you used to register your Account. Only in this way can we ensure that the declaration has also been made by you.

### **4. Use of Account**

The Customer identifies himself to the Bank as the account holder by means of authentication instruments.

4.1 Personalized Security Features are a unique combination of email address and a password set by the Customer himself on the occasion of Blocked Account opening, which the Customer can use to log in to the end user interfaces, as well as the PIN, with which the Customer can log in to the App, if desired ("**Personalized Security Features**"). The Customer can assign this PIN to himself in the app. (For more information, please refer to the Expatrio Support Center).

### **5. Secrecy of the personalized security features; secure storage of the authentication instrument**

The Customer must keep his personalized security features secret and his authentication instrument secure. Personalized security features and authentication instruments must be protected in particular from access by third parties.

### **6. Charges and payment**





Fees for our services and any expenses to be reimbursed by the Customer, if any, are set out in the Bank's list of prices and services, which the Customer can access via the Website.

If charges are due, the Bank will calculate them on a one-time (the setup fee and the subsequent account renewal fees) and monthly (recurring fees) basis and collect them from the Blocked Account at the end of the month, unless the Customer has been expressly notified otherwise or the price list provides otherwise.

#### **7. Costs for mobile telephony and data transfer**

Depending on the tariff concluded with your telecommunications provider, you may incur additional costs for data transfer. These are to be borne by you and will be invoiced to you by your telecommunications provider.

#### **8. Notification and information obligations**

8.1 The Customer is obliged to provide the Bank with his personal data, in particular his name, address, date of birth, telephone number and e-mail address, correctly and to inform the Bank of any changes without delay.

8.2 If the Customer discovers the loss or theft of his authentication instrument, his personalized security features or a misuse or otherwise unauthorized use of these, the Customer will notify us immediately. The Customer can find the options for contacting us in the Expatrio Support Center.

#### **9. Restricting the Blocked Account**

If Aion has reasonable suspicion that unlawful use of your Blocking Account is taking place, Aion may restrict access to it as well as withhold any disbursements. Aion will inform you of this immediately by email, SMS or notification in the App. Likewise, Aion will restrict your Account if you notify us of such activity. Aion will lift the restriction if the reasons for the restriction no longer apply.

#### **10. Data protection and banking secrecy**

A collection, processing and use of your personal data is carried out in strict compliance with the applicable data protection regulations while maintaining banking secrecy. Details can be found in the Aion privacy policy.

#### **11. Applicable law**

German law applies to the business relationship between you and Aion.



## GENERAL TERMS AND CONDITIONS OF AION BANK

### **A Basic rules for the relationship between client and Bank**

#### **1. Scope and amendments of these Terms and Conditions and the special conditions for individual business relations**

##### **(1) Scope**

The General Terms and Conditions apply to the entire business relationship between the Customer ("Customer") and the domestic branches of AION Bank SA/NV ("Bank"). In addition, Special Terms and Conditions apply to individual business relationships (for example, payment transactions and for debit cards), which contain deviations from or additions to these General Terms and Conditions; they are agreed with the Customer when the Account is opened or when an order is placed. If the Customer also maintains business relations with foreign offices, the Bank's lien (No. 14 of these Business Conditions) also secures the claims of these foreign offices.

##### **(2) Amendments**

###### **a) Offer of amendment**

Amendments to these Business Conditions and the Special Conditions shall be offered to the Customer in text form no later than two months before their proposed date of entry into force. If the Customer has agreed an electronic communication channel with the Bank within the framework of the business relationship (e.g. app), the amendments may also be offered in this way.

###### **b) Acceptance by the Customer**

The amendments accepted by the Bank shall only become effective if the Customer accepts them, if necessary by way of the fictitious consent regulated below.

###### **c) Acceptance by the Customer by way of fictitious consent**

Silence on the part of the Customer shall only be deemed to constitute acceptance of the offer of amendment (deemed acceptance) if

aa) the Bank's offer of amendment is made in order to restore conformity of the contractual provisions with a changed legal situation, because the provision of these Business Conditions or the Special Conditions is

- no longer corresponds to the legal situation due to a change in the law, including directly applicable legal provisions of the European Union, or
- is rendered ineffective or may no longer be used by a final court decision, including a court of first instance, or



- no longer complies with the Bank's regulatory obligations due to a binding order of a national or international authority competent for the Bank (e.g. the German Federal Financial Supervisory Authority or the European Central Bank); and

bb) the Customer has not rejected the Bank's offer of change before the proposed date on which the changes take effect.

The Bank shall inform the Customer of the consequences of his silence in its offer of amendment.

d) Exclusion of deemed consent

The deemed consent does not apply

- in the case of amendments to numbers 1 paragraph 2 and 12 paragraph 5 of the General Business Conditions and the corresponding provisions in the Special Conditions, or
- changes affecting the principal obligations of the contract and the charges for the principal services, or
- in the case of changes to charges which are aimed at a payment by the consumer in excess of the agreed charge for the main service, or
- changes which are tantamount to the conclusion of a new contract, or
- in the case of changes which would significantly shift the previously agreed relationship between performance and consideration in favor of the Bank.

In such cases, the Bank shall obtain the Customer's consent to the amendments by other means.

e) Customer's right of termination in the case of fictitious consent

If the Bank makes use of the fictitious consent, the Customer may also terminate the contract affected by the amendment without notice and free of charge before the proposed date on which the amendments take effect. The Bank shall draw the Customer's attention to this right of termination in its offer of amendment.

## **2. Banking secrecy and bank information**

### **(1) Banking secrecy**

The bank is obliged to maintain secrecy about all Customer related facts and assessments of which it becomes aware (banking secrecy). The bank may only disclose information about the Customer if this is required by law or if the Customer has consented or if the bank is authorised to provide banking information.

### **(2) Bank information**

A bank report contains general statements and comments on the Customer's financial circumstances, creditworthiness and solvency; it does not contain information on the amount of account balances,



savings balances, deposits or other assets entrusted to the bank, nor does it contain information on the amount of credit drawn down.

### **(3) Conditions for the provision of bank information**

The Bank is authorised to provide banking information on legal entities and merchants entered in the Commercial Register, provided that the inquiry relates to their business activities. However, the Bank shall not provide information if it has received instructions to the contrary from the Customer. The Bank shall only provide banking information on other persons, in particular on private Customers and associations, if they have expressly consented thereto in general or in individual cases. Bank information shall only be provided if the enquirer has credibly demonstrated a justified interest in the requested information and there is no reason to assume that the provision of information conflicts with interests of the Customer that are worthy of protection.

### **(4) Recipients of bank information**

The bank only provides banking information to its own Customers and to other credit institutions for their purposes or those of their Customers.

## **3. Liability of the Bank; contributory negligence of the Customer**

### **(1) Principles of liability**

In the performance of its obligations, the Bank shall be liable for any fault on the part of its employees and of persons whom it calls in to perform its obligations. Insofar as the special conditions for individual business relationships or other agreements regulate anything to the contrary, these regulations shall take precedence. If the Customer has contributed to the occurrence of a loss through culpable conduct (for example, through breach of the duties to cooperate set out in No. 11 of these Terms and Conditions), the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the Customer must bear the loss.

### **(2) Forwarded orders**

If an order is typically executed in such a way that the Bank entrusts a third party with its further execution, the Bank fulfils the order by forwarding it to the third party in its own name (forwarded order). This applies, for example, to the obtaining of banking information from other credit institutions or the safekeeping and administration of securities abroad. In these cases, the Bank's liability is limited to the careful selection and instruction of the third party.

### **(3) Disruption of operation**

The Bank shall not be liable for losses caused by force majeure, riots, acts of war or natural disasters or other events for which it is not responsible (e.g. strikes, lock-outs, traffic disruptions, acts of domestic or foreign authorities).

## **4. Limits of the right of set-off of the Customer who is not a consumer**

A Customer who is not a consumer may only set off claims against claims of the Bank if his claims are undisputed or have been finally determined by a court of law. This set-off restriction shall not apply to a claim submitted by the Customer for set-off which has its legal basis in a loan or a financing assistance pursuant to Sections 513, 491 to 512 of the German Civil Code.



## **5. Right of disposal after the death of the Customer**

After the death of the Customer, the person invoking the Customer's legal succession vis-à-vis the Bank must provide the Bank with suitable evidence of his entitlement under inheritance law. If a copy or a certified copy of the testamentary disposition (will, contract of inheritance) together with the relevant opening record is submitted to the Bank, the Bank may regard the person designated therein as the heir or executor of the will as the entitled person, allow him to dispose of the assets and, in particular, make payments to him with discharging effect. This shall not apply if the Bank is aware that the person named therein is not entitled to dispose of the assets (e.g. following contestation or due to the invalidity of the will) or if the Bank has not become aware of this due to negligence.

## **6. Applicable law and place of jurisdiction for commercial and public law Customers**

### **(1) Validity of German law**

German law shall apply to the business relationship between the Customer and the Bank.

### **(2) Place of jurisdiction for domestic Customers**

If the Customer is a merchant and if the business relationship in dispute is attributable to the operation of his commercial business, the Bank may sue such Customer at the court having jurisdiction for the office keeping the Account or at any other court having jurisdiction; the same shall apply to a legal entity under public law and to special funds under public law. The Bank itself may be sued by such Customers only at the court having jurisdiction for the account-keeping office.

### **(3) Place of jurisdiction for foreign Customers**

The agreement on the place of jurisdiction shall also apply to Customers who exercise a comparable commercial activity abroad and to foreign institutions that are comparable with domestic legal entities under public law or with a domestic special fund under public law.

## **B Account management**

## **7. Closure of current accounts (accounts in current Account)**

### **(1) Issuance of the financial statements**

Unless otherwise agreed, the Bank shall issue a statement of account for a current Account at the end of each calendar quarter; the mutual claims arising during this period (including the Bank's interest and charges) shall be offset. The Bank may charge interest on the balance resulting from the settlement in accordance with Section 12 of these Business Conditions or as otherwise agreed with the Customer.

### **(2) Time limit for objections; approval by silence**

Objections due to incorrectness or incompleteness of a periodic balance statement must be raised by the Customer no later than six weeks after receipt of the statement; if the objections are raised in text form, it is sufficient to send the objections within the six-week period. Failure to raise objections in good time shall be deemed to constitute approval. The Bank shall make special reference to this consequence when issuing the periodic balance statement. The Customer may also request a correction of the periodic balance statement after expiry of the deadline but must then prove that his account was wrongly debited or that a credit to which he is entitled was not issued.



## **8. Reversal and correction postings by the Bank**

### **(1) Before the closure of the accounts**

The Bank may reverse incorrect credit entries on current accounts (e.g. due to an incorrect account number) by means of a debit entry until the next periodic balance statement, provided that the Bank has a repayment claim against the Customer (reversal entry); in this case, the Customer may not object to the debit entry on the grounds that it has already disposed of the amount of the credit entry.

### **(2) After clearance of accounts**

If the Bank discovers an incorrect credit entry only after a periodic balance statement has been issued and if it has a repayment claim against the Customer, it shall debit the Customer's Account in the amount of its claim (correction entry). If the Customer objects to the adjusting entry, the Bank shall re-credit the amount to the account and assert its repayment claim separately.

### **(3) Information of the Customer; interest calculation**

The Bank shall notify the Customer without delay of any reversal or correction entries. With regard to the calculation of interest, the Bank shall make the bookings retroactively to the day on which the incorrect booking was made.

## **9. Collection orders**

### **(1) Issuance of conditional credits upon filing**

If the Bank credits the countervalue of cheques and direct debits prior to their encashment, this shall be done subject to their encashment, even if they are payable at the Bank itself. If the Customer submits other documents with the instruction to procure a debt amount from a debtor (e.g. interest coupons) and the Bank issues a credit note for the amount, this shall be subject to the Bank receiving the amount. The reservation applies even if the cheques, direct debits and other papers are payable at the Bank itself. If cheques or direct debits are not honoured or if the Bank does not receive the amount under the collection order, the Bank shall cancel the conditional credit entry. This happens irrespective of whether a periodic balance statement has been issued in the meantime.

### **(2) Encashment of direct debits**

Direct debits are deemed to have been honoured if the debit entry is not reversed at the latest on the second bank business day - in the case of SEPA corporate direct debits, not at the latest on the third bank business day) - after it has been made (bank business days are all days except every Saturday, every Sunday, public holiday and days on which the Bank's registered office in Belgium is not open).

## **10. Foreign currency transactions and risks associated with foreign currency accounts**

### **(1) Order execution for foreign currency accounts**

Foreign currency accounts of the Customer serve to settle payments to the Customer and dispositions of the Customer in foreign currency on a cashless basis. Disposals of credit balances on foreign currency accounts (for example, by means of transfers to the debit of the foreign currency credit



balance) are processed with the involvement of banks in the home country of the currency if the Bank does not execute them entirely within its own organization.

## **(2) Credit entries for foreign currency transactions with the Customer**

If the Bank concludes a transaction with the Customer (e.g. a forward exchange transaction) under which it owes the provision of an amount in a foreign currency, it shall discharge its foreign currency obligation by crediting the Customer's Account in that currency, unless otherwise agreed.

## **(3) Temporary restriction of performance by the Bank**

The Bank's obligation to execute a disposal to the debit of a foreign currency credit balance (paragraph 1) or to fulfil a foreign currency liability (paragraph 2) shall be suspended to the extent and for as long as the Bank is unable to dispose of the currency in which the foreign currency credit balance or liability is denominated, or is only able to do so to a limited extent, due to politically induced measures or events in the country of that currency. To the extent and as long as such measures or events continue, the Bank shall also not be obliged to effect performance at another location outside the country of the currency, in another currency (including in euros) or by acquiring cash. On the other hand, the Bank's obligation to execute a disposal to the debit of a foreign currency credit balance shall not be suspended if the Bank can execute it entirely in-house. The right of the Customer and the Bank to set off mutual claims due in the same currency against each other shall remain unaffected by the above provisions.

## **(4) Exchange rate**

The exchange rate for foreign currency transactions shall be determined in accordance with the "List of Prices and Services". In the case of payment services, the payment services framework contract shall apply in addition.

## **C Duties of the Customer to cooperate**

### **11. Cooperation obligations of the Customer**

#### **(1) Notification of changes**

For the proper conduct of business, it is necessary for the Customer to notify the Bank without delay of any changes to his name and address and of the expiry of or amendment to any power of representation granted to the Bank (in particular a power of attorney). This notification obligation also applies if the power of representation is entered in a public register (e.g. the Commercial Register) and its expiry or amendment is entered in this register. In addition, further statutory notification obligations may arise, in particular from the Money Laundering Act.

#### **(2) Clarity of orders**

Orders must make their content clear beyond doubt. Orders that are not clearly formulated may result in queries, which may lead to delays. Above all, the Customer must ensure the correctness and completeness of his details, in particular the Account Number and Bank Code or IBAN (International Bank Account Number) and BIC (Bank Identifier Code) as well as the currency, when placing orders. Changes, confirmations or repetitions of orders must be marked as such.

#### **(3) Special notice in case of urgency of execution of an order**



If the Customer deems it necessary to execute an order with particular urgency, he must notify the Bank of this separately. In the case of orders issued on a form, this must be done outside the form.

#### **(4) Examination of and objections to communications from the Bank**

The Customer shall immediately check account statements, securities statements, custody account and income statements, other statements, notifications of the execution of orders as well as information on expected payments and consignments (advices) for correctness and completeness and raise any objections without delay.

#### **(5) Notification of the Bank in the event of failure to give notice**

If statements of account and securities account statements are not received by the Customer, the Customer must notify the Bank immediately. The obligation to notify the Bank shall also apply in the event of non-receipt of other communications that the Customer expects to receive (securities settlements, account statements following the execution of the Customer's orders or concerning payments that the Customer expects to receive).

### **D Costs of banking services**

#### **12. Interest, fees and expenses**

##### **(1) Interest and charges in transactions with consumers**

The amount of interest and charges for the usual banking services provided by the Bank to consumers, including the amount of payments exceeding the charges agreed for the principal service, are set out in the "List of Prices and Services".

If a consumer makes use of a main service listed therein and no deviating agreement has been made, the interest and charges stated at that time in the price display or list of prices and services shall apply.

An agreement to make a payment by the consumer in excess of the agreed remuneration for the principal service may be concluded by the Bank with the consumer only expressly, even if it is shown in the price display or in the list of prices and services.

Unless otherwise agreed, the statutory provisions shall apply to the remuneration for services not listed in the price schedule or in the list of prices and services which are provided on behalf of the consumer and which, judging by the circumstances, can only be expected to be provided in return for remuneration.

##### **(2) Interest and charges in transactions with Customers who are not consumers**

The amount of interest and charges for customary banking services provided by the Bank to Customers who are not consumers is set out in the "List of Prices and Services", insofar as the Price Display and the List of Prices and Services show customary banking services provided to Customers who are not consumers (for example, business Customers).

If a Customer who is not a consumer makes use of a banking service listed therein and no agreement to the contrary has been made, the interest and charges stated in the Price Display or List of Prices and Services at that time shall apply.





In all other respects, the Bank shall determine the amount of interest and charges at its reasonable discretion (Section 315 of the German Civil Code), provided no other agreement has been made and there are no statutory provisions to the contrary.

**(3) Non-remunerable service**

The Bank will not charge a fee for a service which it is obliged to provide by law or on the basis of an ancillary contractual obligation, or which it performs in its own interest, unless it is permitted by law and charged in accordance with the statutory regulations.

**(4) Change in interest rates; Customer's right of termination in the event of an increase**

The change in interest rates for loans with a variable interest rate is made on the basis of the respective loan agreements with the Customer. The Bank shall notify the Customer of any changes in interest rates. In the event of an increase, the Customer may, unless otherwise agreed, terminate the credit agreement affected thereby with immediate effect within six weeks of notification of the change. If the Customer terminates the agreement, the increased interest rates shall not be applied to the terminated credit agreement. The Bank shall allow a reasonable period of time for settlement.

**(5) Changes in charges for services typically used on a permanent basis**

Changes to charges for banking services that are typically used by the Customer on a permanent basis within the framework of the business relationship (e.g. account and custody account management) shall be offered to the Customer in text form no later than two months before the proposed date of their entry into force. If the Customer has agreed an electronic communication channel with the Bank within the framework of the business relationship (e.g. app), the changes may also be offered by this means. The changes offered by the Bank shall only become effective if the Customer accepts them. The Bank may only reach an agreement with the consumer on the amendment of a fee that is directed towards a payment by a consumer that goes beyond the main service.

**(6) Reimbursement of expenses**

Any claim by the Bank for reimbursement of expenses shall be governed by the statutory provisions.

**(7) Specificities of consumer loan contracts and payment service contracts with consumers for payments**

In the case of consumer loan agreements and payment service agreements with consumers for payments, the interest and the costs (charges and expenses) shall be governed by the respective contractual agreements and special conditions and, in addition, by the statutory provisions. The changes of charges of payment service framework contracts (e.g. giro contract) shall be governed by paragraph 5.

**E Securities for the Bank's claims against the Customer**



### **13. Creation or enhancement of collateral**

#### **(1) Entitlement of the Bank to the provision of collateral**

The Bank may demand the provision of collateral in accordance with banking law for all claims arising from the banking business relationship, even if the claims are conditional (e.g. claim for reimbursement of expenses due to a claim under a guarantee assumed for the Customer). If the Customer has assumed liability vis-à-vis the Bank for the obligations of another Customer of the Bank (e.g. as guarantor), the Bank shall, however, only be entitled to demand the provision or enhancement of collateral in respect of the debt resulting from the assumption of liability from the time at which it becomes due.

#### **(2) Changes in risk**

If, when claims against the Customer arise, the Bank has initially refrained in whole or in part from requiring the provision or enhancement of collateral, it may still require collateralization at a later date. However, the prerequisite for this is that circumstances arise or become known which justify an increased risk assessment of the claims against the Customer. This may be the case in particular if

- the economic circumstances of the Customer have changed adversely or threaten to change, or
- the existing collateral has deteriorated or threatens to deteriorate in value.

The Bank's claim to collateral shall not exist if it has been expressly agreed that the Customer is not required to provide any collateral or is only required to provide collateral specified in detail. In the case of consumer loan agreements, a claim to the provision or enhancement of collateral exists only to the extent that the collateral is specified in the loan agreement. If the net loan amount exceeds 75,000 euros, the claim to the provision or enhancement of collateral shall also exist if the general consumer loan agreement as defined in Section 491 (2) of the German Civil Code contains no or no conclusive information on collateral.

#### **(3) Setting a time limit for the provision or enhancement of securities**

The Bank shall allow a reasonable period of time for the provision or enhancement of collateral. If the Bank intends to exercise its right of termination without notice pursuant to No. 19 (3) of these Business Conditions if the Customer fails to fulfil its obligation to provide or increase collateral in due time, it shall inform the Customer thereof in advance.

### **14. Agreement of a lien in favour of the Bank**

#### **(1) Agreement on the lien**

The Customer and the Bank agree that the Bank acquires a lien on the securities and items to which a domestic branch has obtained or will obtain possession in the course of banking business. The Bank also acquires a lien on the claims to which the Customer is entitled or will be entitled in the future against the Bank from the banking business relationship (e.g. account balances).

#### **(2) Secured claims**

The lien serves to secure all existing, future and conditional claims to which the Bank and all its domestic and foreign offices are entitled against the Customer under the banking business relationship. If the Customer has assumed liability vis-à-vis the Bank for the obligations of another



Customer of the Bank (e.g. as guarantor), the lien shall, however, only secure the debt resulting from the assumption of liability as from its maturity.

### **(3) Exceptions to the lien**

If funds or other assets come into the power of disposal of the Bank with the proviso that they may only be used for a specific purpose (for example, cash deposit to honour a bill of exchange), the Bank's lien does not extend to these assets. The same applies to shares issued by the Bank itself (treasury shares) and to securities held in safe custody by the Bank abroad on behalf of the Customer. In addition, the lien does not extend to the Bank's own profit participation rights/profit participation certificates issued by the Bank itself or to the Bank's securitized and non-securitized subordinated liabilities.

### **(4) Interest and dividend coupons**

If securities are subject to the Bank's lien, the Customer shall not be entitled to demand the surrender of the interest and profit shares pertaining to such securities.

## **15. Security interests in items for collection and discounted bills of exchange**

### **(1) Transfer by way of security**

The Bank acquires ownership by way of security of cheques and bills of exchange presented to it for collection at the time of presentation. The Bank acquires unrestricted ownership of discounted bills of exchange at the time of purchase; if it charges discounted bills of exchange back to the Account, it retains ownership of these bills by way of security.

### **(2) Assignment for security**

When ownership of cheques and bills of exchange is acquired, the underlying claims are also transferred to the Bank; a transfer of claims also takes place when other papers are presented for collection (e.g. direct debits, commercial trading papers).

### **(3) Dedicated collection documents**

If collection documents are submitted to the Bank with the condition that their countervalue may only be used for a specific purpose, the transfer of ownership by way of security and the assignment by way of security shall not extend to such documents.

### **(4) Secured claims of the Bank**

The ownership by way of security and the assignment by way of security shall serve to secure all claims to which the Bank is entitled against the Customer upon the submission of collection documents from the Customer's current accounts or which arise as a result of the return debit of unpaid collection documents or discounted bills of exchange. At the Customer's request, the Bank shall retransfer to the Customer the ownership by way of security of the papers and the claims transferred to it if, at the time of the request, it has no claims against the Customer to be secured or if it does not allow the Customer to dispose of the countervalue of the papers before their final payment.



## **16. Limitation of the collateral claim and release obligation**

### **(1) Cover limit**

The Bank may assert its claim to the provision or enhancement of collateral until the realizable value of all collateral corresponds to the total amount of all claims arising from the banking business relationship (cover limit).

### **(2) Release**

If the realizable value of all collateral exceeds the cover limit on a more than temporary basis, the Bank shall, at the Customer's request, release collateral of its choice in the amount exceeding the cover limit; in selecting the collateral to be released, it shall take into account the legitimate concerns of the Customer and of any third party who has provided collateral for the Customer's liabilities. Within this framework, the Bank shall also be obliged to execute orders of the Customer relating to the assets subject to the lien (for example, sale of securities, cash payment of savings balances).

### **(3) Special agreements**

If a valuation standard other than the realizable value has been agreed for a particular collateral item, or if a different cover limit has been agreed, or if a different limit has been agreed for the release of collateral, these shall be decisive.

## **17. Liquidation of collateral**

### **(1) Bank's right of option**

If the Bank realizes collateral, it may choose from among several items of collateral. When realizing the collateral and selecting the collateral to be realized, the Bank shall take into account the legitimate concerns of the Customer and of any third party who has provided collateral for the Customer's liabilities.

### **(2) Revenue credit under the VAT law**

If the realization transaction is subject to VAT, the Bank will issue a credit note to the Customer for the proceeds, which will be deemed to be an invoice for the supply of the item serving as collateral and will comply with the requirements of VAT law.

## **F Termination**

## **18. Termination rights of the Customer**

### **(1) Right of termination at any time**

The Customer may terminate the contract at any time without observing a period of notice, provided that neither a term nor a deviating termination provision has been agreed.

### **(2) Termination for cause**

If a term or a different termination provision has been agreed for a business relationship, termination without notice may only be given if there is good cause for doing so which makes it unreasonable for



the Customer to continue the business relationship, even taking into account the legitimate interests of the Bank.

### **(3) Legal rights of termination**

Legal rights of termination remain unaffected.

## **19. Termination rights of the Bank**

### **(1) Termination subject to a period of notice**

The Bank may terminate the entire business relationship or individual business relationships for which neither a term nor a different termination provision has been agreed at any time, subject to a reasonable period of notice. In determining the period of notice, the Bank shall take into account the legitimate concerns of the Customer. For the termination of a payment services framework contract (e.g. current account or debit card contract) and a securities account, the period of notice shall be at least two months.

### **(2) Termination of open-ended loans**

Loans and loan commitments for which neither a term nor a different termination provision has been agreed may be terminated by the Bank at any time without notice. In exercising this right of termination, the Bank shall take into account the legitimate concerns of the Customer.

Insofar as the German Civil Code provides for special regulations for the termination of a consumer loan agreement, the Bank may only terminate the agreement in accordance with these regulations.

### **(3) Termination for good cause without observing a notice period**

Termination of the entire business relationship or of individual business relationships without notice is permissible if there is good cause which makes it unreasonable for the Bank to continue the relationship, even taking into account the legitimate concerns of the Customer. Good cause shall be deemed to exist in particular

- the Bank's decision on granting a loan or on other transactions involving risks for the Bank (e.g. issuance of a debit card or credit card) were of material significance; in the case of consumer loans, this shall only apply if the Customer knowingly withheld information relevant to the credit assessment or falsified such information and this resulted in a deficiency in the credit assessment, or
- if a significant deterioration in the Customer's financial circumstances or in the value of collateral occurs or threatens to occur and as a result the repayment of the loan or the fulfillment of any other liability to the Bank - including the realization of collateral existing for this purpose - is jeopardized, or
- if the Customer fails to meet its obligation to provide or increase collateral pursuant to No. 13 (2) of these Terms and Conditions or pursuant to any other agreement within the reasonable period of time set by the Bank, or
- if the Customer's contract with the cooperation partner is terminated, for whatever reason.



If the good cause consists in the violation of a contractual obligation, the termination is only permissible after the unsuccessful expiry of a reasonable period of time set for the remedy or after an unsuccessful warning, unless this is dispensable due to the particularities of the individual case (Section 323 (2) and (3) of the German Civil Code).

#### **(4) Termination of consumer loan agreements in the event of default**

Insofar as the German Civil Code provides for special regulations for termination due to default in repayment of a consumer loan agreement, the Bank may only terminate the agreement in accordance with these regulations.

#### **(5) Termination of a basic account agreement**

The Bank may terminate a basic account agreement only in accordance with the agreements concluded between the Bank and the Customer on the basis of the Payment Accounts Act and the provisions of the Payment Accounts Act.

#### **(6) Settlement following termination**

In the event of termination without notice, the Bank shall grant the Customer a reasonable period of time for settlement (in particular for the repayment of a loan), unless immediate settlement is required.

#### **(7) Inactive Accounts / Deposit and Consignment Fund**

If the Customer does not give instructions to transfer the assets after the termination of the business relationship, the Bank reserves the right to transfer the assets of the former Client to the Deposit and Consignment Fund ("Deposito-en consignatiekas"/"caisse de dépôts et consignations") after five (5) years in accordance with Belgian legislation on dormant assets.

If the Account has a balance of EUR 60 or more, the Bank may initiate a dormant account holder search procedure. During this search procedure, the Bank consults the Belgian National Register and the Crossroads Bank for Social Security and sends a letter to the Account holder.

If this search procedure fails or if the Account has a balance of less than EUR 60, the Bank will transfer the balance to the Deposit and Consignment Fund before the end of the sixth year following the last intervention by the holder, in accordance with the provisions of the aforementioned law.

The Bank is entitled to charge the costs resulting from the above procedure on the assets held by the Customer at a maximum of the higher amount between 10% of the amount credited to the Account and EUR 200.

### **G Protection of deposits**

#### **20. Deposit Protection Fund**

As a credit institution under Belgian law, the Bank is a member of the Belgian deposit guarantee scheme ("le Fonds de garantie pour les services financiers"/"het Garantiefonds voor financiële diensten", the "**Fund**").

The Fund guarantees, up to an amount of EUR 100,000, the protection of cash deposits (including certificates of deposit - "bons de caisse"/"kasbons") held by the Bank in the event of the Bank's



failure (within the meaning of the applicable law). Should the Fund intervene, the calculation of the redemption amount will take into account the depositor's liabilities, as defined in the Royal Decree of 16 March 2009. For a detailed description of the conditions for the intervention of the Fund and other applicable rules, please visit [www.fondsdegarantie.belgium.be/fr](http://www.fondsdegarantie.belgium.be/fr) or [www.garantiefonds.belgium.be/nl](http://www.garantiefonds.belgium.be/nl).

In accordance with the legal provisions governing the Fund, the Depositor Information Sheet was sent to the Customer by e-mail on a durable medium prior to opening an account with the Bank. The Customer acknowledges receipt of this Depositor Information Sheet by accepting these Terms and Conditions.

As required by law, the Bank is also a member of the Belgian Deposit and Financial Instruments Protection Fund ("Fonds de protection des dépôts et instruments financiers"/"Bescherminsfonds voor deposito's en financiële instrumenten", the "**Protection Fund**"). The Protection Fund ensures, to a certain extent, the protection of financial instruments deposited with the Bank in the event of the Bank's default (as defined by applicable law). For a detailed description of the conditions for the intervention of the Protection Fund and other applicable rules, please refer to [www.protectionfund.be](http://www.protectionfund.be).

## **21. Central contact point of the National Bank of Belgium**

The Bank must notify the Central Contact Point of the National Bank of Belgium ("**CPC**") by 31 March each year of the following data for each client:

- Identification data of the Customer, including the identification number in the national register or, failing that, the family name, the official first name, the date and place of birth (or, if none is registered, the country of origin);
- the end date of the calendar year to which the disclosed data relate (i.e. the calendar year prior to the year in which they were disclosed to the CPC);
- a list of accounts held by the client, alone or jointly with others, at any time during the above calendar year;
- the contracts concluded with the Client within the meaning of Article 1.5 of the Royal Decree of 17 July 2013 (i.e. in particular credit and loan contracts, contracts for investment services and/or activities) which were in force at any time during the aforementioned calendar year;

This data is collected by the CPC and retained for a period of 8 years.

The Customer has the right to consult the data stored in his name by CPC at the National Bank of Belgium (Boulevard de Berlaimont 14, 1000 Brussels). The Customer has the right to request, through the Bank, the rectification or deletion of inaccurate data recorded in his name at CPC.

The data disclosed to CPC may be consulted by the tax authorities, either to determine the Customer's taxable income or to establish the Customer's financial situation in order to ensure payment of the taxes and withholding taxes due on principal and additional amounts, any tax increases and penalties, interest and costs.



## **H Ombudsman procedure**

### **22. Complaints and Alternative Dispute Resolution procedures**

The Customer has also the following extrajudicial options:

The Customer may address a complaint to the Bank's contact point specified in the "Schedule of Prices and Services" or may send a complaint by e-mail to: [complaint@aion.be](mailto:complaint@aion.be). The Bank shall respond to complaints in an appropriate manner; in the case of payment services contracts, this shall be in text form (e.g. by letter, fax or e-mail).

Customers who are consumers (natural persons acting outside their professional capacity) and who are not satisfied with the Bank's position can turn to the Belgian Financial Ombudsman ("**Ombudsf**in"):

Ombudsf

North Gate II, Roi Albert II Boulevard, 8 (box 2)

1000 Brussels

Belgium

Email : [ombudsman@ombudsf.be](mailto:ombudsman@ombudsf.be)

Fax : +32 2 545 77 79

Web : <https://www.ombudsf.be/>

The European Commission has established a European online dispute resolution platform (ODR platform) at <http://ec.europa.eu/consumers/odr/>. A consumer can use the ODR platform for the out-of-court settlement of a dispute arising from online contracts with a company established in the EU.





INFORMATION SHEET ABOUT DEPOSIT PROTECTION	
Deposits held by AION Bank S.A. are guaranteed by:	The Guarantee Fund (BE)
Protection limit	100.000 Euro per depositor and per credit institution (1)
If you have more than one deposit with the same credit institution	All your deposits at one and the same credit institution will be added up and the 100,000 EUR limit will be applied to the total amount (1)
If you have a joint account with one or more other persons	The 100,000 EUR limit applies to any single depositor (2)
Repayment period in the event of credit institution insolvency	20 working days (3)
Repayment currency	Euro
Contact	Financial Services Guarantee Fund Federal Public Service Finance General Treasury Department Avenue des Arts 30 B-1040 Brussels Tel. : 32.2.574.78.40 Fax: 32.2.579.69.19 E-mail: garantiefonds.thesaurie@minfin.fed.be
For more information (in particular on the types of deposits and depositors covered by the protection)	Website: <a href="http://garantiefonds.belgium.be/">http://garantiefonds.belgium.be/</a>
Acknowledgement of receipt by the depositor (4)	The customer acknowledges receipt of this document by signing the contract to open the account, which refers expressly to this document.

#### Additional information

##### (1) General protection limit

If a deposit is unavailable because a credit institution is unable to meet its financial obligations, depositors are repaid by a Deposit Protection Scheme.

This repayment is limited to 100.000 Euro per credit institution.

This means that all deposits with the same credit institution are added up to determine the protection level. If, for instance a depositor holds a savings account with a balance of 90.000 Euro and a current account with 20.000 Euro, he or she will only be repaid 100.000 Euro.



Under certain conditions, the following deposits are protected above 100.000 Euro:

Deposits (i) for real estate transactions related to private housing, (ii) deposits linked to specific events in the life of a depositor and which meet certain social objectives and (iii) deposits resulting from insurance or compensation payments made to the victims of penal crimes or legal errors. To find out more: <http://fondsdegarantie.belgium.be/>

#### (2) Protection limit for joint accounts

In the case of joint accounts, the 100.000 Euro limit applies to each depositor. Deposits on a joint account are repaid in proportion to the assigns' shares on such assets. In the absence of special provisions, the account is distributed between the assigns equally. However, deposits on an account to which two or more persons are entitled as members of a business partnership, association or grouping of a similar nature, without legal personality, are aggregated and treated as if made by a single depositor to calculate the limit of 100.000 Euro, unless the members can individually exercise the rights on the account assets and that each of their identities can be established.

#### (3) Repayment

The competent Deposit Protection Scheme is the Fonds de Garantie pour les services publics/Het Garantiefonds.

Website: <http://fondsdegarantie.belgium.be/>

It will refund your deposits up to EUR 100 000 within a maximum deadline of 20 working days, which will be gradually reduced to a period of 7 working days by 2024 at the latest.

As long as this deadline has not been reduced to a maximum of 7 working days, the Protection Fund will ensure that depositors can access a sufficient amount of their insured assets to cover their living costs within a period of five working days following an application. To find out more: <http://fondsdegarantie.belgium.be/>

If you have not been repaid within these deadlines, you should contact the Deposit Protection Scheme as the time to claim reimbursement may lapse after a certain limit. To find out more: <http://fondsdegarantie.belgium.be/>

#### (4) Acknowledgement of receipt

No acknowledgements of receipt are given on the annual sending of the information sheet.

#### Other important information

In general, all retail and businesses depositors are covered by Deposit Protection Scheme. Exceptions for certain deposits are stated on the website of the competent Deposit Protection Scheme. Your credit institution will also inform you on request whether certain products are covered or not. If deposits are covered, the credit institution shall also confirm this on the statement of account.



## LIST OF PRICES AND SERVICES

All fees as listed including VAT, if any. The fees are calculated on a monthly basis and collected from your Account at the end of each month.

1. €5 recurring monthly fees being charged from the opening until closing of all accounts.  
(independent of blocked account service extension or additional account).
2. €49 setup fee being charged once for the duration of blocked account service declared.  
Applicable also to each blocked account service extension.

Disclaimer: If your package includes a current account, the above charges will be applied to the current account instead of blocked account.

### **Foreign currency conversion and exchange transactions**

The standard mark-up on foreign exchange transactions is [2%]. The rates used to convert currencies on the occasion of payments or foreign exchange transactions or card payments in foreign currency are based on the quotations prevailing on the international market. Those quotations can be found at <https://www.bloomberg.com/markets/currencies>

ATTENTION: Foreign currency transfers may incur additional costs from intermediary banks that are not dependent on Aion Bank and may depend on the amount of the transfer and the fees of the banks involved in the transfer. The costs of the intermediary banks may reduce the transfer amount.

Bank Business Day: Any day on which the banks in Belgium are ordinarily open to the public.